

Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg



Das Jahr 1989

Dokumente und Zeitzeugenberichte

Heft 1/ 1



Zur Geschichte der PDS im Land Brandenburg

Das Jahr 1989

Dokumente und Zeitzeugenberichte

Heft 1/ 1

Impressum:

Herausgeber: AG Geschichte beim Landesvorstand der PDS

Zusammengestellt und bearbeitet: Dr. Ulrike Koch, Kurt Koopmann, Dr. Horst Maiwald, Wolfgang Preller, Christa Schneider und Wolfgang Thiel

Leitung: Dr. Gerlinde Grahn

Redaktionsschluss: Mai 2005

Technische Gestaltung: Reinhard Frank

Umschlag: Gespräch Gysi und Schirdewan beim Politischen Frühschoppen in Potsdam

Foto: Schmidtke/ Archiv der PDS

Druck: Eigendruck der PDS-Landesgeschäftsstelle

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Vorbemerkungen	9
Einleitung	10
Abkürzungsverzeichnis	19
Zeitzeugenberichte	
Kurt Koopmann/Dietmar Tannert: Ein Rückblick	21
Kerstin Bednarsky: Aus einem Interview vom 19. November 2002, Teil 1	27
Wolfgang Krug: Drei bedeutsame Tage im November 1989	30
Gerhard Pohlmann: Auflösung der Grundorganisationen in den Zollorganen der DDR	34
Interview der „Lausitzer Rundschau“ mit Wolfgang Thiel nach dem 9. Dezember 1989	36
Dokumente	
Dokument 1	40
Aus dem Bericht der BL Potsdam, Abteilung Parteiorgane an das ZK der SED, Sektor Parteiinformation über die politische Lage im Bezirk vom 10. Oktober 1989	
Dokument 2	40
Aus dem Bericht der BL Potsdam, Abteilung Parteiorgane an das ZK der SED, Sektor Parteiinformation über die politische Lage im Bezirk vom 17. Oktober 1989	
Dokument 3	42
Aus dem Bericht der BL Potsdam, Abteilung Parteiorgane an das ZK der SED, Sektor Parteiinformation über die politische Lage im Bezirk vom 19. Oktober 1989	
Dokument 4	43
Aus dem Bericht der BL Potsdam, Abteilung Parteiorgane an das ZK der SED, Sektor Parteiinformation über die politische Lage im Bezirk vom 24. Oktober 1989	
Dokument 5	46
Offener Brief der Mitglieder und Kandidaten der SED-Grundorganisation der Hochschule für Film und Fernsehen der DDR „Konrad Wolf“ in Potsdam-Babelsberg an die Mitglieder des ZK vom 30. Oktober 1989	
Dokument 6	46
Offener Brief der Parteileitungsmitglieder und der staatlichen Leitung der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft, Potsdam-Babelsberg an das ZK der SED vom November 1989	

Dokument 7	47
Aus dem Bericht der BL Potsdam, Abteilung Parteiorgane an das ZK der SED, Sektor Parteiinformation über die politische Lage im Bezirk vom 1. November 1989	
Dokument 8	50
Aus dem Bericht der BL Potsdam, Abteilung Parteiorgane an das ZK der SED, Sektor Parteiinformation über die politische Lage im Bezirk vom 3. November 1989	
Dokument 9	51
Aus der Erklärung Günther Jahns zu Beginn der 17. Tagung der SED-Bezirksleitung Potsdam am 15. November 1989	
Dokument 10	53
Aus der Rede Heinz Vietzes auf der 17. Tagung der Bezirksleitung der SED Potsdam am 15. November 1989	
Dokument 11	57
Schreiben des Sekretariats der SED-Bezirksleitung Potsdam an Egon Krenz und das Politbüro der SED vom 30. November/1. Dezember 1989	
Dokument 12	58
Fernschreiben der SED-Bezirksleitung Cottbus an das Politbüro des Zentralkomitees der SED vom 1. Dezember 1989	
Dokument 13	59
Erklärung einer Initiativgruppe „Für die Linke Vernunft“, Potsdam, vom 8. Dezember 1989	
Dokument 14	60
Aus dem Kommuniqué der 19. Tagung der SED-Bezirksleitung Potsdam vom 12. Dezember 1989	
Literaturhinweise	61

Vorwort

Bewertung der Geschichte ist eine Voraussetzung, eigene Verantwortung zu erkennen und sich in aktuelle politische Diskussionen verantwortungsbewusst einzubringen. Wir können heute unsere Aufgaben nicht lösen ohne Kenntnis dessen, was in der jüngsten Vergangenheit geschehen ist. Unsere Geschichte wird uns, wie die verschiedenen politischen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit in der jüngsten Zeit zeigen, immer wieder beschäftigen.

Der Umgang mit der eigenen Geschichte ist immer eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Erleben, mit ehemals erreichten Erfolgen, aber auch mit den begangenen Fehlern und Unterlassungen. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit ist oft schmerzhaft, und nicht jeder ist bereit, sich ihr zu stellen.

Die Geschichte des Landesverbandes beginnt nicht erst mit dem ersten Landesparteitag am 16./17. Juni 1990, sondern hat eine Vorgeschichte, die in die 80er Jahre zurückreicht.

Liegen unsere Wurzeln doch in der SED, die einst herrschende Staatspartei war, die viele von uns mitgetragen haben und die letztendlich versagt hat.

Jetzt, 15 Jahre nach den grundlegenden Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Lande, ist es an der Zeit, sich mit dem Ende unserer Vorgängerpartei, der SED, und dem Neubeginn zu beschäftigen.

Die Geschichte des Landesverbandes Brandenburg der PDS ist stets einzuordnen in die internationalen Vorgänge, den Rahmen der Gesamtpartei und die Spezifika des Landes Brandenburg sind zu beachten.

Spätestens mit der Wahl Michail Gorbatschows am 11. März 1985 zum Generalsekretär hatte sich in der KPdSU die Fraktion durchgesetzt, die den Versuch unternahm, mit „Perestroika“ Reformen von oben zu gestalten und die brennenden politischen und wirtschaftlichen Probleme im Lande zu lösen. Hinzu kam, dass mit dem Schlagwort „Glasnost“ energisch gegen den Stalinismus und Tabus in der Geschichtsbetrachtung vorgegangen werden sollte.

Die Vorstellungen von Perestroika und Glasnost fanden eine große Resonanz auch bei Mitgliedern der SED. Im „Neuen Denken“ der Perestroika wurde der Ausbruch aus geistiger Enge und eine Alternative der Entwicklung im Sozialismus gesehen. In der Erinnerung vieler Genossen ist es noch heute eine Zeit neuer eigener Denkanstöße.

Die Partei- und Staatsführung der DDR verweigerte sich jedoch bewusst der politischen und gesellschaftlichen Erneuerung. Perestroika und Glasnost stellte sie den „Sozialismus in den Farben der DDR“ entgegen, was auf Grund des absoluten Führungsanspruchs eine Absage an notwendige demokratische Umgestaltungen bedeutete.

Der Unwille großer Teile der Bevölkerung und auch von Mitgliedern der SED erzwang eine Wende, deren Ziel von vielen zuerst in einer besseren, humaneren und demokratischeren DDR gesehen wurde. Wie es die Volkskammerwahlen im März 1990 zeigten, wollte schließlich die Mehrheit der Bevölkerung das Ende der DDR und der Herrschaft der SED sowie die Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik, was letztendlich am 3. Oktober 1990 geschah.

Für die PDS, die sich als erneuerte Partei aus der SED heraus zu entwickeln begann, bedeutete die Orientierung auf die Bundesrepublik und dann der Beitritt, zuerst eine Phase der Ablehnung bis hin zum Hass, der Konfrontation und des Unglaubens der Menschen an die PDS als tragfähiger politischer Kraft zu durchlaufen. In den eigenen Reihen hatte sie sich mit Massenaustritten und Zerfallserscheinungen auseinander zu setzen und den Abbau des alten Parteiapparates zu bewältigen. Gleichzeitig musste sie ihren Platz in der Gesellschaft der Bundesrepublik finden. Sie musste sich ein neues Programm geben, eine demokratische Parteistruktur verwirklichen und neue Wege beschreiten, um in der Bevölkerung wieder Vertrauen zu gewinnen. Es war ein schwieriger Neubeginn und ein mühsamer Weg.

Im Verlaufe der Jahre hat die PDS in unserem Land Brandenburg ihren Platz als linke Kraft gefunden. Der für die Demokratieentwicklung in allen Bundesländern beispielhafte „Brandenburger Weg“ mit einer modernen Verfassung wurde von der PDS als verfassungsgebender Partei prägend mitgestaltet. Auf vielen Politikfeldern wie der Kommunalpolitik, der Bildung, der Wirtschaft und der inneren Sicherheit ist die Wirksamkeit der PDS zu einem nicht zu übergehenden Faktor geworden.

Die zahlreichen Dokumente aus den vergangenen Jahren, die Berichte über die Tätigkeit in den unterschiedlichen Gremien wie dem Landtag, den Kommunalparlamenten, den Arbeits- und Interessengemeinschaften in der PDS und der Vereine und Verbände, die der PDS nahe stehen belegen, dass die PDS wahrgenommen und als Interessenvertreterin von Teilen der Bevölkerung akzeptiert wird.

Dennoch muss Vertrauen in der Bevölkerung mit Blick auf die Zukunft immer wieder neu gewonnen, müssen neu erlangte Erkenntnisse in der Partei und in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden. Dazu gehört aber auch, dass wir ehrlich mit den verschiedenen Ereignissen und Personen in unserer Geschichte umgehen.

Damit können wir neue Partner im Ringen um die als gut und richtig erkannten Ziele aus ganz unterschiedlichen Kreisen der Bevölkerung gewinnen.

Dr. Gerlinde Grahn
AG Geschichte beim
Landesvorstand der PDS

Ralf Christoffers
Landesvorsitzender
der PDS Brandenburg

Januar 2005

Vorbemerkungen

Schon im Zusammenhang mit dem zehnten Jahrestag der Bildung des Landesverbandes Brandenburg der PDS gab es Überlegungen, den bis dahin zurückgelegten Weg in einer Publikation zu dokumentieren.¹ Daraus entstand in der Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim Landesvorstand die Idee, sich systematisch mit der Geschichte des Landesverbandes zu beschäftigen und die Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit inner- und außerhalb der PDS zugänglich zu machen.

In längeren Diskussionen um die Vorlaufarbeiten kamen die Mitglieder der AG 2001 überein, dass eine geschlossene Darstellung auf Grund des unzureichenden Forschungsstandes noch nicht zu erreichen ist, aber angestrebt werden sollte. Das Ziel einer derzeit vorzubereitenden Publikation wurde in einer Zusammenstellung von Dokumenten, Darstellungen zu einzelnen Arbeitsgebieten, Erlebnisberichten und einer Chronik gesehen. Das Vorhaben, das mit einem Beschluss des Landesvorstandes vom 20. Oktober 2001 unterstützt wurde, war ein Sammelband.

Umfangreiche Rechercharbeiten in Archiven und Bibliotheken, Zeitzeugenbefragungen und Literaturstudien wurden vorgenommen. Erhebliche Schwierigkeiten ergaben sich hinsichtlich der Gewinnung von Autoren, so dass sich die AG 2003 entschloss, auf eine Reihe von Einzelheften in loser Folge zu orientieren, deren erstes Heft jetzt vorliegt. Das Heft umfasst den Zeitraum von Anfang 1989 bis zu den Bundestagswahlen im Dezember 1990.

Das erste Heft gliedert sich in drei Teile, dessen erster Teil das Jahr 1989, der zweite die Monate von Januar bis Ende März und der dritte die Zeit von April bis Dezember 1990 dokumentiert.

Die einzelnen Teile enthalten jeweils eine historische Einleitung, Zeitzeugenberichte und eine Auswahl von Dokumenten. Die ursprüngliche Überlegung, einen Chronikteil anzufügen, musste aufgegeben werden, da sich dadurch der Umfang erheblich erweitert hätte. Es ist deshalb vorgesehen, die beiden, für den Zeitraum bis 1999 erschienenen Chronikhefte², in überarbeiteter und erweiterter Fassung gesondert herauszugeben.

Die Erlebnisberichte sind zu unterschiedlichen Zeiten entstanden. Ein Teil, vor allem die Diskussionsbeiträge auf Tagungen und die Interviews in den Tageszeitungen 1989/1990, vermitteln den unmittelbaren Eindruck der Ereignisse. Ein anderer Teil, aus der Erinnerung in den letzten Jahren geschrieben bzw. in Interviews dargelegt, zeigt Einschätzungen und Wertungen, in die Erfahrungen der vergangenen fünfzehn Jahre eingeflossen sind. Manches ist dabei leider auch der Vergessenheit anheim gefallen.

Aus der Fülle vorliegender Dokumente konnte nur ausgewählt werden, wobei die Dokumente nicht als Illustrationen gedacht sind, sondern dem Erkenntnisgewinn über die Zeit dienen sollen. Leider sind auch hier, der Umbruchsituation der ersten Jahre geschuldet, wichtige Dokumente, wie z.B. zum 1. Landesparteitag und den ersten thematischen Landeskonferenzen, heute nicht mehr aufzufinden. Es wäre eines der nützlichen Ergebnisse dieser Publikation, wenn sich noch Dokumente finden ließen, die diese Lücken schließen könnten

Einleitung

Das Jahr 1989

Die Situation in den brandenburgischen Bezirken vor dem 7. Oktober 1989

Politische, ökonomische und soziale Momente hatten in den Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam, wie in der ganzen Republik, nicht erst seit dem Sommer 1989 zu wachsender Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung mit der Politik von Partei und Regierung geführt. Die Menschen hatten sich mit sozialen Problemen wie Versorgungsschwierigkeiten, Wohnungsengpässen, unbefriedigender medizinischer Versorgung und Altenbetreuung auseinandersetzen. In den Großbetrieben waren es Mängel in der Leitung der Produktion, der Rohstoffversorgung, der leistungsgerechten Entlohnung u.ä., mit denen die Werktätigen unzufrieden waren. Den Handwerkern und Gewerbetreibenden waren durch die Steuerpolitik Schranken gesetzt. Materialmangel stellte die Produktion zeitweise in Frage. Die zunehmende Akzeptanz der DM im Wirtschaftsgefüge der DDR brachte zusätzliche wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Viele Menschen empörte die Beschneidung der Versammlungsfreiheit durch die Beschränkung des Rechtes, sich in oppositionellen Vereinigungen, wie dem Neuen Forum und der SDP, zusammenzufinden und dort frei ihre Meinung zu den sie bewegenden gesellschaftlichen Problemen zu äußern. (Dok. 2)

Im Land regte sich Widerstand.

Die Flut von Anträgen auf ständige Ausreise in allen Kreisen, die besonders ab Sommer 1989 zunahm, und die Flucht auch von Bürgern der drei brandenburgischen Bezirke in die BRD-Botschaften in Budapest, Prag und Warschau machten das Problem der zwei deutschen Staaten besonders deutlich sichtbar.

Die Führung von Partei und Regierung der DDR verschloss die Augen vor diesen Problemen und verweigerte sich bewusst der politischen und gesellschaftlichen Erneuerung.

Selbst in der SED wurde Unmut über die mangelnde Bereitschaft der Führung sichtbar, sich dem von Gorbatschow ausgehenden Reformkurs zu öffnen und einen offenen Disput über die sozialistischen Perspektiven des Landes zu führen.

Intern wurden diese Erscheinungen sehr wohl von den Funktionären der SED in ihrem Berichterstattungswesen auf den unterschiedlichen Ebenen registriert und Lösungen, wenn auch in unbefriedigendem Maße, angeboten.³

Schon am 20. September 1989 brachte der 1. Sekretär der Kreisleitung der SED Nauen, Kurt Moritz, zum Ausdruck, dass in der Partei in Diskussionen Unsicherheit und z.T. auch Zweifel an der Richtigkeit des Kurses der Partei zu erkennen seien. Er drückte sich noch vorsichtig aus und schrieb, dass sich das nicht vordergründig auf Grundfragen beziehe, sondern auf bestimmte negative Erscheinungen in der Wirklichkeit und sich daraus ergebende Folgen. Es bedürfe eines starken ideologischen Einflusses, um das seit dem VIII. Parteitag Erreichte als große Errungenschaft zu verdeutlichen. In Arbeiteraussprachen und Parteiversammlungen werde den Parteifunktionären vorgeworfen, dass sie die Lage beschönigen und die Parteifüh-

rung nicht wahrheitsgemäß informieren.⁴

Der Widerspruch zwischen den von der Propaganda vorgetäuschten Erfolgen des Sozialismus und der Realität des Alltags war einfach nicht mehr zu übersehen.

Diese Stimmung war bereits in den Gesprächen zu spüren gewesen, die in der SED im Zusammenhang mit dem Umtausch der Parteidokumente ab Anfang September 1989 geführt wurden. Wie aus Informationsberichten verschiedener Kreisleitungen hervorgeht, kam es schon zu diesem Zeitpunkt zu einer Reihe von Parteiaustritten. Realitätsfern wurden andererseits noch Parteiverfahren und Ausschlüsse aus der Partei mit Begründungen wie „schwankende Haltung“ oder „Inaktivität“⁵ durchgeführt.

Seit Anfang Oktober 1989 nahm die Unzufriedenheit der Bevölkerung der DDR mit der Politik von Partei und Regierung in Straßendemonstrationen vor aller Welt deutlich sichtbare Formen an.

Gruppen, die sich schon vor 1989 zur Diskussion drängender Tagesfragen und deren Lösung im Rahmen der bestehenden Ordnung zusammengefunden hatten, wurden, oft in Verbindung mit dem Neuen Forum, in der Öffentlichkeit aktiv.

Wie Günther Jahn, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam, einige Wochen später sagte, habe er, als die Sprachlosigkeit des Politbüros unerträglich wurde, am 3. Oktober Erich Honecker ein dringendes Fernschreiben geschickt (Dok. 9), in dem er mit Nachdruck darauf hingewiesen habe, dass vor, während und nach dem 40. Jahrestag der DDR mit größeren Demonstrationen der Bevölkerung zu rechnen sei und alles vom Charakter der Rede Erich Honeckers auf der Festveranstaltung zum 40. Jahrestag der DDR abhinge. Am gleichen Tag fand eine Beratung des Sekretariats des ZK mit den 1. Bezirkssekretären der SED statt, auf der zwar das Fernschreiben verlesen wurde, aber nur eine abwertende Kritik des Bezirkes, gespeist aus Informationsquellen von Günter Mittag, das Echo war.⁶

Die Befürchtung Günther Jahns bewahrheitete sich. Die Zahl der Teilnehmer an den Demonstrationen in vielen Städten des Landes wuchs am Vorabend des 40. Jahrestages der DDR lawinenartig an.

Die Krise in der SED und im Staat nach dem 7. Oktober

Am 7. Oktober selbst kam es in verschiedenen Orten des Bezirkes Potsdam zu Demonstrationen, die von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurden. In Verkennung des tatsächlichen Anliegens der meisten Demonstranten, ihre verfassungsmäßigen Rechte einzufordern und auf kritikwürdige Zustände hinzuweisen, wurden sie als konterrevolutionär und republikfeindlich denunziert und verfolgt.

In den folgenden Tagen und Wochen breiteten sich die Demonstrationen über alle Bezirke aus. Die Zahl der Teilnehmer stieg immer weiter an.

Die Demonstrationsteilnehmer rekrutierten sich bei weitem nicht nur aus oppositionellen Gruppen, sondern weit darüber hinausgehend auch aus unzufriedenen Mitgliedern der SED. Die Forderungen von Parteimitgliedern begannen sich in zunehmendem Maße mit denen der Opposition außerhalb der Partei zu decken.

Auf den Punkt brachte das z.B. die Mitgliederversammlung der Parteiorganisation des Hans-Otto-Theaters in Potsdam am 13. Oktober, die analog dem Neuen Forum forderte: Zugang zu den Medien für alle Bürger, Aufgabe des Führungsanspruchs der SED, ihre Abwählbarkeit als Regierungspartei, Zulassung oppositioneller Gruppen bzw. Parteien, Reisefreiheit für alle, Kommunismus und Stalinismus müssten einander absolut ausschließen, keinerlei Gewaltanwendung gegen Demonstranten und personelle Veränderungen in Parteiführung und Regierung. (Dok. 2)⁷

Am 12. Oktober fand eine Beratung des ZK mit den 1. Bezirkssekretären statt, auf der Johannes Chemnitzer (Neubrandenburg), Günther Jahn (Potsdam), Egon Krenz und Hans Modrow Erich Honecker angesichts der offen sichtbar gewordenen Führungsschwäche des Politbüros aufforderten, zurückzutreten. (Dok. 9) In der Beratung reagierte Erich Honecker äußerst gereizt. Günther Jahn wurde belehrt, dass er sich nicht um die politische Gesamtlage zu sorgen brauche, sondern um die Gemüseversorgung in Stahnsdorf und um die Warenbelieferung in Hennigsdorf.⁸

Am 18. Oktober trat Erich Honecker dann schließlich doch zurück und Egon Krenz übernahm dessen Funktionen. Damit war eine kurzzeitige Entspannung, aber keine Lösung erreicht.

In Anbetracht der sich zuspitzenden Lage hatte am 16. Oktober 1989 der 1. Kreissekretär der SED in Potsdam, Heinz Vietze, die Initiative ergriffen zu einem Gespräch im Rat der Stadt mit Vertretern des gesellschaftlichen Lebens, verschiedenen oppositionellen Gruppen und kirchlichen Amtsträgern. Es ging darum, den Bürgern ein normales und friedliches Leben zu gewährleisten und Chaos zu verhindern. (Dok. 2)

Diskussionen auf dieser Ebene wurden in den nächsten Monaten fortgesetzt und waren ihrem Charakter nach schon ein „Runder Tisch“ der alten und neuen Parteien, Organisationen und Bewegungen. Ähnliche Treffen fanden in der Folge im ganzen Land statt.⁹

Das „Rathausgespräch“ und andere Anlässe hatten aber auch gezeigt, dass es bei den Funktionären der SED eine große Unsicherheit im Umgang mit dem Neuen Forum, der SDP und anderen sich bildenden Parteien und Bewegungen gab.

Obwohl von der Parteibasis gefordert, kam es z.B. zu keiner sachlichen inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Anliegen des Neuen Forums. Die Parteiinformation des ZK „Zum ‚Neuen Forum‘ und zu anderen illegalen oppositionellen Gruppierungen in der DDR“ erwies sich als untauglich. Klare und eindeutige Aussagen, wie die neuen Entwicklungstendenzen zu bewerten sind und wie mit ihnen umzugehen ist, wurden weder von der Partei- noch von der Staatsführung getroffen. (Dok. 4)¹⁰

Reinhard Meinel, einer der Mitbegründer des Neuen Forums in der DDR und in Potsdam, hatte im Gespräch am 16. Oktober im Potsdamer Rathaus erklärt, dass das Neue Forum nicht mehr gewillt sei, sich in die bestehenden Strukturen wie etwa die Nationale Front, einzugliedern. Nachdrücklich wurde die offizielle Zulassung gefordert.

Stadtverwaltung und SED-Funktionäre wandten sich zu diesem Zeitpunkt jedoch noch strikt gegen eine Zulassung des Neuen Forums, mussten aber dessen Vertreter als Gesprächspartner akzeptieren. (Dok. 2)

Günther Jahn hatte auf der Beratung der 1. Bezirkssekretäre am 27. Oktober die zentrale Führung der SED auf die Situation aufmerksam gemacht und vorgeschlagen, das Neue Forum zwar als Bewegung anzuerkennen, aber keine Organisationsstrukturen zu erlauben. Die SDP sollte aber unter dem Blickpunkt der Spaltung der Arbeiterklasse nicht zugelassen werden. Beides lag jedoch, wie die folgenden Wochen zeigten, schon nicht mehr in der Hand der SED-Führung.

Von den Teilnehmern dieser zentralen Beratung forderte Günther Jahn: „Wir dürfen heute hier nicht auseinandergehen, ohne einheitliche klare Standpunkte zu [den] aufgeworfenen Fragen“ zu erreichen.¹¹

Zu klaren Positionen konnte sich dieses Gremium schon nicht mehr durchringen.

Im Ringen um die offizielle Zulassung von Neuem Forum und SDP wurde die Auseinandersetzung um die politische Macht in den Bezirken sehr deutlich.

Massenproteste, auch aus den drei brandenburgischen Bezirken, zwangen schließlich das Innenministerium der DDR zur offiziellen Zulassung des Neuen Forum am 2. November 1989. Zwischen dem 7. Oktober und dem 4. November, an dem sich auf dem Berliner Alexanderplatz mehr als eine halbe Million Demonstranten zusammenfanden, zerfiel das ehemals von der SED geführte Machtgefüge weitgehend. Die Situation eskalierte im Zusammenhang mit der Diskussion um das Reisegesetz. In einem Bericht vom 3. November schätzte die Bezirksleitung Potsdam ein, dass die Situation dadurch gekennzeichnet sei, dass sich die Angriffe auf die führende Rolle der SED und die Staats- und Sicherheitsorgane verstärken sowie öffentliche Angriffe auf leitende Funktionäre des Partei- und Staatsapparates der örtlichen und Kreis-ebene ein unerträgliches Maß angenommen hätten. Forderungen nach Rücktritt führender Genossen seien nach den Veröffentlichungen in den Medien zu ungesetzlichen Bereicherungen von Funktionären und leitenden Kadern, wie im Falle des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralvorstandes der IG Metall, Gerhard Nennstiel, erhoben worden. Dieser sei anlässlich des Plananlaufes 1989 im VEB Stahl- und Walzwerkes „Wilhelm Florin“ Hennigsdorf gewesen. In diesem Werk hätten nach den Enthüllungen 100 Kollegen ihren Austritt aus dem FDGB erklärt. (Dok. 8)

Die Mitglieder der Partei seien kaum noch in der Lage, vorgebrachte Verdächtigungen im konkreten Einzelfall zu entkräften, fühlen sich zunehmend an die Wand gespielt und selbst verunsichert. Funktionäre legten ihre Ämter nieder, da sie sich dem Druck von unten nicht mehr gewachsen fühlten.¹²

In der Partei war das Vertrauen zum Zentralkomitee und zu den Führungskräften endgültig erschüttert. Von der Basis ausgehend, begannen sich die freie Meinungsäußerung und die Mitbestimmung der Mitglieder der Partei in einem bis dahin nicht gekanntem Umfang und Tempo durchzusetzen. Die Parteibasis trat immer offener gegen die Führungskräfte auf den verschiedenen Ebenen auf. Der Zentralismus des Staatsapparates verlor seine Wirksamkeit. Das Selbstbewusstsein der Parteimitglieder wuchs, besonders seit den Demonstrationen ab Mitte Oktober. Immer offener wurde die „Parteidisziplin“ in Frage gestellt. Heinz Vietze brachte das auf der 17. Bezirksleitungssitzung am 15. November zum Ausdruck, als er sagte: „Es ist

einfach eine Situation gewesen, wo wir unserer Parteiführung nur blind vertraut haben. Wir haben uns auf eine Atmosphäre eingeschworen, dass das, was beschlossen wird, schon das Richtige ist, haben hier und da manchmal auch darüber gesprochen, wo wir der Meinung waren, na, ob sie sich das richtig überlegt haben. Aber letztendlich haben wir uns wieder auf die Linie gebracht und diszipliniert.“ (Dok. 10)¹³

In Berlin wurde am 8. und 10. November auf Kundgebungen, an denen auch Parteimitglieder aus den brandenburgischen Bezirken teilnahmen, ein Sonderparteitag gefordert.

Am 9. November war der 1. Sekretär der Bezirksleitung Cottbus, Werner Walde, abgelöst worden und sein Nachfolger wurde Wolfgang Thiel.

Die Maueröffnung am 9. November minderte zwar kurzzeitig den politischen Druck. Es traten aber in ihrem unmittelbaren Gefolge Probleme ganz anderer Dimension zutage, die die Existenz der DDR und der SED gänzlich in Frage stellen sollten.

Am 11. November fand eine von den Parteiorganisationen der SED des VEB Maschinenbau „Karl Marx“, des VEB GRW Teltow und der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR organisierte Willensbekundung vor der Potsdamer Sporthalle statt. Die für den gleichen Zeitpunkt einberufene Kreisparteiaktivtagung schloss sich der Kundgebung an. Mitglieder der SED aus verschiedenen Einrichtungen äußerten sich kritisch zur Lage in der Partei und in der Gesellschaft und forderten die Erneuerung des Sozialismus im Lande und der SED. Günther Jahn hielt vor der Sporthalle seine letzte öffentliche Rede, in der er sich zu seiner Mitverantwortung für die krisenhafte Entwicklung im Bezirk Potsdam bekannte. Zu erregten Diskussionen kam es mit Teilnehmern einer Demonstration, die vom Platz der Nationen ebenfalls zur Sporthalle gekommen waren. Heinz Vietze bemühte sich erfolgreich, die Gemüter zu beruhigen.

In seiner Erklärung vor der 17. Tagung der Bezirksleitung Potsdam am 15. November gab Günther Jahn eine Einschätzung der Lage der Partei im Bezirk Potsdam, die in gleicher Weise auch für die beiden anderen Bezirke zutraf. (Dok. 9) Die anhaltende Vertrauenskrise in das Zentralkomitee wirkte sich auf allen Ebenen, auch im Bezirk aus. Teile des Parteiapparates in den Kreisen waren nicht mehr funktionsfähig. Immer mehr Mitglieder traten aus der Partei aus. Die Partei als Ganzes war in Gefahr. Die Unzufriedenheit der Parteibasis mit der Führung der SED-Bezirksparteiorganisation verlangte nach personellen Veränderungen. Die Bezirksleitung erklärte ihren Rücktritt und machte den Weg frei für Neuwahlen.¹⁴ Am gleichen Tag trat Günther Jahn als 1. Bezirkssekretär zurück und Heinz Vietze, bisher 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Potsdam, wurde zum 1. Bezirkssekretär gewählt.

Von den drei Bezirken, die später das Land Brandenburg bildeten, wurden besonders die Stadt und der Bezirk Potsdam zu einem Schwerpunkt des Ringens um demokratische Freiheiten und der Auseinandersetzungen innerhalb der SED, dem Bemühen um die Erneuerung zur SED/PDS und schließlich zur PDS. Gründe dafür liegen sicher u.a. darin, dass hier durch die Konzentration von Großbetrieben, wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen und bewaffneten Organen ein großes Potenzial an Persönlichkeiten mit politischen und wissenschaftlichen Kenntnissen und Erfahrungen vorhanden war, das zudem über vielfache interna-

tionale Verbindungen verfügte und die Entwicklung in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern bewusst, aber durchaus nicht unkritisch wahrnahm. Hier sei nur auf die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR und die Hochschule für Film und Fernsehen in Babelsberg, die Pädagogische Hochschule, die naturwissenschaftlichen Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR und die Großbetriebe in Teltow und Stahnsdorf verwiesen.

Das öffentliche Auftreten von Egon Krenz wurde zwar zeitweise als positiv empfunden, das anhaltende Schweigen der Regierung und vieler Ministerien stieß jedoch auf Unverständnis. Genossen und Werktätige in den Betrieben erwarteten, dass Mitarbeiter der Ministerien und der Fachabteilungen des Zentralkomitees sich den Diskussionen in den Arbeitskollektiven stellten.

Große Hoffnungen waren in die 10. Tagung des Zentralkomitees gesetzt worden, von der ein Aktionsprogramm der Partei für die Politik der Wende und der Erneuerung des Sozialismus in der DDR erwartet worden war. Aber weder das ZK noch Egon Krenz wurden den an sie gestellten Forderungen und den Hoffnungen der Parteimitglieder und der Demonstranten auf der Straße gerecht. Es wurden zwar personelle Veränderungen vollzogen, Dialogbereitschaft signalisiert und Veränderungen versprochen, aber es wurden keine langfristigen Konzeptionen vorgelegt und keine klaren Vorstellungen entwickelt, wie es mit dem Sozialismus in der DDR weitergehen sollte. Erwartungshaltungen der Menschen nach spürbaren und schnellen Veränderungen wurden geweckt und schnell enttäuscht.

Am 30. November 1989 hatte das Sekretariat der SED-Bezirksleitung Potsdam in einem Fernschreiben an das Zentralkomitee den Rücktritt von Egon Krenz und des Politbüros sowie die unverzügliche Einberufung eines Außerordentlichen Parteitages gefordert. Da am 1. Dezember keine Antwort erfolgte, versuchten Heinz Vietze und Jürgen Engelhardt in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember die Forderung im Politbüro direkt vorzutragen.

Am 2. Dezember fanden Kreisdelegiertenkonferenzen statt, auf denen das Fernschreiben vom 30. November verlesen wurde und Zustimmung fand. Die Delegierten zum Außerordentlichen Parteitag wurden gewählt.

Am 3. Dezember traten ZK, Politbüro, Sekretariat des ZK und der Generalsekretär Egon Krenz zurück, einen Tag später legte er seine Funktion als Vorsitzender des Staatsrates nieder.

Nach den Rücktritten am 3. Dezember konstituierte sich sofort ein zeitweiliger Arbeitsausschuss, der unter dem Druck der immer kritischer werdenden Situation den Außerordentlichen Parteitag für den 8. Dezember einberief.

Der Arbeitsausschuss wirkte unter Leitung von Herbert Kroker. Aus dem späteren Land Brandenburg gehörten ihm Lothar Bisky, Bernd Meier, Wolfgang Thiel und Heinz Vietze an.

Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Parteiorganisation des Bezirkes Potsdam gingen in den Prozess der Erneuerung der Gesamtpartei ein. Auf einige sei an dieser Stelle aufmerksam gemacht.

In seiner Rede auf der 17. Tagung der Bezirksleitung am 15. November (Dok. 10) hatte Heinz Vietze schon deutlich gemacht, was die Volkskammer am 1. Dezember mit der Streichung

des Artikels 1 der Verfassung beschloss, dass nämlich die Zeiten der führenden Rolle der SED endgültig vorbei seien: „Es gehört zu den wichtigen Ansprüchen, und das bedarf tiefgreifender Überlegungen, wie sichern wir, dass nicht das Volk vor der Partei, sondern die Partei vor ihrem Volk, vor ihren Mitgliedern ... Rechenschaft legt. Wer einen Führungsanspruch objektiv zu realisieren hat, muss diesen subjektiv ausfüllen. Wir haben diesem Führungsanspruch mit unserer Arbeit nicht entsprochen, und wir sind jetzt in die Verantwortung gezwungen, diesen Anspruch wahrzunehmen. Und das setzt voraus, dass von Beginn an offen darüber gesprochen wird, dass dieser Führungsanspruch nur wahrzunehmen [ist], wenn wir mit den kühnsten und realisierbarsten Lösungen aufwarten, und ... die glaubhaftesten [Persönlichkeiten] in den entscheidenden Funktionen haben...Wir [haben] uns [anderen gegenüber] neu zu bestimmen...Wir haben künftig ... mit verschiedenen Parteiprogrammen [zu leben], und nicht nur mit Parteiprogrammen, die beginnen ‚Wir stehen in voller Übereinstimmung mit dem Programm der SED und den Beschlüssen dieses Parteitages‘.“¹⁵

Das Verhältnis zu den demokratischen Bürgerbewegungen und zu einer sich bildenden ökologischen Partei sei zu bestimmen.

In diesem Zusammenhang ging er auf die bislang von der SED sträflich vernachlässigte Umweltproblematik ein: Bei Gründung der SED und der anderen Parteien habe das Land andere Sorgen gehabt. In der Gegenwart seien die Probleme von Natur und Umwelt zu Existenzfragen geworden, viele Menschen wollten etwas unternehmen, um unsere Welt zu erhalten und auch die SED müsse ernsthaft überlegen, wie sie konzentriert und konstruktiv Antwort auf Menschheitsprobleme geben kann. Diese seien zwar im Moment nicht von der gleichen Bedeutung wie die der Erhaltung des Friedens, aber gering schätzen dürfe man sie nicht. Sie seien nicht nur eine Sache von Bürgerinitiativen, sondern politische Fragen in einer Größenordnung, die alle Parteien, alle staatlichen Organe des Territoriums und des Landes angingen. Man müsse aufhören, in Konfrontation zu gehen, sondern gemeinsam Verantwortung wahrnehmen.¹⁶

Anfang Dezember 1989 wurden als Schlussfolgerung aus den Berichten der von den Bezirksleitungen eingesetzten unabhängigen Untersuchungskommissionen leitende Funktionäre aus der SED ausgeschlossen. Im Bezirk Potsdam waren das am 12. Dezember 1989 Gerhard Schuster, Reiner Bartling und Gerhard Pannhausen. (Dok. 13)

Der Außerordentliche Parteitag

Am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 fand der von der Parteibasis geforderte Außerordentliche Parteitag statt.¹⁷

André Brie beschrieb einige Jahre später den Parteitag so: „Der zeitlich zweigeteilte Außerordentliche Parteitag der SED ... war auch politisch zweigeteilt. Er war der letzte Parteitag der SED und faktisch der Gründungsparteitag der PDS. Er war ein Parteitag, auf dem immer wieder das Unvermögen triumphierte, zu begreifen, welcher radikaler Bruch sich vollzog, zu großen Teilen sich schon vollzogen hatte. Zugleich wurden beinahe am laufenden Band Ideen verkündet, die noch ein Vierteljahr zuvor Parteiausschluss und Schlimmeres bedeutete hatten.

Die Delegierten... akzeptierten mit sehr großer Mehrheit Vorstellungen eines demokratischen

Sozialismus, moderner Gewaltenteilung, ökologischer Modernisierung, radikaler Demokratisierung...“¹⁸

Zum Referat und zur Gesamtsituation in der Partei und im Lande fanden kritische, oftmals sehr emotional betonte Debatten statt, in denen u.a. von vielen Delegierten die Auflösung der SED und die Gründung einer neuen Partei verlangt wurden. Die Mehrheit der Delegierten stimmt jedoch für die Erneuerung der SED zu einer modernen sozialistischen Partei. Der Parteivorstand entschied, dass die Partei den Doppelnamen SED/PDS solange tragen solle bis sich alle Parteimitglieder in den Grundorganisationen für den endgültigen Namen entschieden haben.¹⁹

Die Delegierten einigten sich auf einen antistalinistischen Grund- und Gründungskonsens der SED/PDS, der in einem antikapitalistischen Standpunkt bestand, aber den Bruch mit der vereinfachten Sicht des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der parlamentarischen Demokratie, der bürgerlichen Rechtsstaatlichkeit und Öffentlichkeit einschloss; der sich gegen die Verengung der Geschichte der DDR nur auf Repressionen wandte, aber das Schweigen über Missstände und Menschenrechtsverletzungen verurteilte; der sich für die Anerkennung der Leistungen der DDR-Bürger aussprach und diese nicht reduzierte auf die Tätigkeit der Partei- und Staatsführung. Der Parteitag brach konsequent mit dem antidemokratischen Politik- und Parteiverständnis der SED.

Die Delegierten entschuldigten sich vor dem Volk der DDR und übernahmen die Verantwortung für die gescheiterte Politik, sie anerkannten die historische Legitimität der Volksbewegung des Herbstes 1989 und betonten ihre Entschlossenheit, die Interessen der Bürger des Landes über Parteiinteressen zu stellen.

Auf dem Parteitag ging es, wie Michael Schumann sagte: „... um die Existenz, um die Erhaltung der sozialistischen Partei als politische Formation, nicht als zur Bedeutungslosigkeit reduzierten Sekte.“²⁰

Bedeutenden Anteil am Parteitag hatten die Delegierten aus den brandenburgischen Bezirken. Heinz Vietze leitete die Gruppe zur Erarbeitung des Referates „Zur Krise in der Gesellschaft und ihre Ursachen, zur Verantwortung der SED“, in der Kurt Finker, Kurt Libera, Hans Marnette, Gisela Schott und Michael Schumann mitwirkten. Michael Schumann trug den Delegierten das Referat vor. Außerdem fungierte Lothar Bisky als Leiter der Redaktionskommission, in der u.a. Helmut Hanke und Michael Schumann tätig waren.

Der Parteitag wählte Gregor Gysi zum Parteivorsitzenden und einen Parteivorstand, in dem aus den drei Brandenburger Bezirken Lothar Bisky, Maritta Böttcher, Thomas Falkner, Bernd Meier, Wolfgang Thiel und Heinz Vietze vertreten waren.

Die SED verlor ihre führende Rolle. Eine Viertelmillion Mitglieder hatte bereits aus Enttäuschung, Orientierungslosigkeit oder unter dem Druck der Enthüllungen über Amtsmissbrauch und Korruption die Partei verlassen, hinzu kamen die nicht wenigen Karrieristen. Sie alle wollten den Weg der Erneuerung zu einer Partei des demokratischen Sozialismus nicht mitgehen. Die rapide Abnahme der Mitgliederzahl musste einschneidende Konsequenzen für die Organisationsstruktur nach sich ziehen.

So fasste der Parteitag einen Beschluss über ein neues zeitweiliges Statut, das die Weichen

für zukünftige grundlegende Veränderungen im Parteaufbau stellte. Postuliert wurde das Prinzip der Basisdemokratie. Parteikontrollkommissionen sollte es zukünftig nicht mehr geben, an ihrer Stelle sollten unabhängige Schiedskommissionen gewählt werden. Beschlossen wurde, die Betriebsparteiorganisationen einschließlich der in den bewaffneten Organen und im Zoll aufzulösen und generell das Territorialprinzip einzuführen.

Zwischen den beiden Teilen des Parteitages traten in der ersten Dezemberhälfte unter dem Druck der Proteste der Parteibasis die Mitglieder der Bezirksleitungen der SED Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam zurück. Aus den Reihen der Delegierten zum Außerordentlichen Parteitag wurden unter dem Vorsitz von Wolfgang Thiel (Cottbus), Bernd Meier (Frankfurt (Oder)) und Heinz Vietze (Potsdam) Arbeitsausschüsse gebildet.

Abkürzungsverzeichnis

ABI	Arbeiter- und Bauerninspektion
AGL	Abteilungsgewerkschaftsleitung
APO	Abteilungsparteiorganisation
ASR	Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften
BdVP	Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BKK	Braunkohlenkombinat
BL	Bezirksleitung
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv (in Potsdam)
BMK	Bau- und Montagekombinat
BRK	Bezirksrevisionskommission
CDU	Christlich-Demokratische Union
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DSU	Deutsche Soziale Union
EG	Europäische Gemeinschaft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ, fdj	Freie Deutsche Jugend
GO	Grundorganisation
GRW	Geräte- und Reglerwerk
GSSD	Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
IFA	Industrieverband Fahrzeugbau in der DDR
IG	Industriegewerkschaft
JVA	Justizvollzugsanstalt
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LISA	Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LR	Lausitzer Rundschau Organ der Bezirksleitung Cottbus der SED, 1. Jg. 1952
LV	Landesvorstand
MdL	Mitglied des Landtags
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MV	Märkische Volksstimme Potsdam 1946 bis Oktober 1990.; bis 5. Dezember 1989 „Organ der Bezirksleitung Potsdam der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, bis 1. April 1990 mit dem Untertitel „Sozialistische Tageszeitung im Bezirk Potsdam“, ab 2. April 1990 Untertitel „Potsdamer Tageszeitung“, ab 3. Oktober 1990 „Märkische Allgemeine“.
ND	Neues Deutschland

NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
OPO	Ortsparteiorganisation
SDP	Sozialdemokratische Partei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SERO	Sekundärrohstoffeffassung
SU	Sowjetunion
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VdN	Verfolgter des Naziregimes
VEB	Volkseigener Betrieb
WF	Werk für Fernsehelektronik Berlin
WPO	Wohnparteioorganisation
ZK	Zentralkomitee

Zeitzeugenberichte

Kurt Koopmann/Dietmar Tannert

Ein Rückblick

Mit dem Abriss des Verwaltungsgebäudes des „Geräte-und Reglerwerkes“ an der Kreuzung der Oder- und Potsdamer-Straße in Teltow Ende 2002 verschwand das letzte steinerne Wahrzeichen einer einst großen Elektro- und Elektronikindustrie am Rande Berlins.

In diesem Industriekomplex waren zur Zeit der DDR 12 000 Arbeiterinnen und Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler tätig, die moderne elektronische Bau- und Schaltgeräte herstellten.

Im gleichen Gebiet bestanden der VEB Elektronische Bauelemente „Carl von Ossietzky“ und das Halbleiterwerk Stahnsdorf, das 3 000 Werktätige beschäftigte.

Wir gingen, wie es uns schien, noch in einer guten und schöpferische Atmosphäre in der Belegschaft in das Jahr 1989. Sehr bald jedoch machte uns die „Sprachlosigkeit“ der DDR-Führung zu schaffen. In der SED-Grundorganisation begann die Doppelfunktion, die in den zentralgeleiteten Kombinat in Form eines Parteisekretärs des Kombinats und eines direkt dem ZK unterstellten Parteiorganisators des ZK²¹, mit einem „direkten Draht nach oben“ bestand, nicht mehr zu funktionieren. Der oberste Wirtschaftslenker Günter Mittag vertrat, selbst gesundheitlich schwer angeschlagen, mit großem Eifer den monatelang kranken Generalsekretär der SED, Erich Honecker. Allerdings wurden Mittags Äußerungen zunehmend phrasenhafter und enthielten, außer Beschimpfungen der leitenden Wirtschaftskader, keine Lösungen für die immer prekärer werdende Wirtschaftssituation. Auf dem traditionellen Leipziger Seminar wurde keine der drängenden Fragen beantwortet. Aus Hilflosigkeit wurden, statt Lösungen zu finden, immer neue Probleme aufgeworfen und wurde den Betrieben und Kombinat in keiner Weise geholfen. Das gleiche galt für Lösungsvorschläge der Fachabteilung Maschinenbau/Metallurgie/Elektrotechnik des ZK sowie des zuständigen Ministers. Die Diskussionen unter den Wirtschaftsfunktionären und in den Kollektiven wurden, auch unter dem Druck der Menschen in den Arbeitskollektiven, die Antworten auf ihre Fragen haben wollten, zunehmend kritischer.

Diskutiert wurde in den Betrieben über Reisemöglichkeiten, die unzulängliche Versorgung und die hohen Preise im Exquisit.²² Oft hatten die Diskussionen ganz konkrete Anlässe. Als einer Kollegin unseres Betriebes der Personalausweis entzogen wurde, weil ihr Mann illegal die Republik verlassen hatte, kam es zu heftigen Diskussionen. Eine Intervention des Parteisekretärs bei den zuständigen Stellen endete mit einer geharnischten Kritik durch die Bezirksleitung der SED, „man möchte doch wohl nicht die Staatsorgane kritisieren“.

Die Ratlosigkeit und Sprachlosigkeit des Politbüros der SED und der Regierung begannen auch in unserem Betrieb Wirkung zu zeigen. Die Direktoren des Betriebes und die Parteileitung bemühten sich zwar, diese durch eigene, etwas lebensnähere Argumentationen zu durchbrechen, was aber eigentlich erst in Resonanz auf die von oppositionellen Gruppen im Be-

trieb, in den Kollektiven und auch in den Parteigruppen angeregten Diskussionen geschah. Wobei die Tonart an Schärfe innerhalb kurzer Zeit sichtbar zunahm. Offene Auseinandersetzungen gab es z.B. in den Plandiskussionen, die sich mehr und mehr mit den Alltagsproblemen der Menschen verknüpften.

Gute soziale und kulturelle Bedingungen in den Werken, die Ergebnisse in der Produktion, in Forschung und Entwicklung hatten ein Gefühl des Stolzes und des Selbstbewusstseins erzeugt. Die Leistungen der Werk tätigen waren durch Staat und Gewerkschaft gewürdigt worden. Im Betrieb und in der Parteiorganisation hatten wir es verstanden, die Leistungen des Betriebes als Leistungen der Wissenschaftler, Ingenieure und Arbeiter darzustellen, was von diesen auch so verstanden wurde. All das zusammen war sicher ein Grund dafür, dass die anderenorts bereits heftigen Diskussionen über eine Erneuerung der DDR in unserem Betrieb relativ spät einsetzten. Erst ab etwa Juli/August wurden die Fragen und Zweifel drängender und manches konnten wir nicht mehr überzeugend beantworten.

In dieser Phase wurde fast immer vom Standpunkt einer positiven Veränderung der Situation in der DDR diskutiert, Wiedervereinigung oder gar Beseitigung der DDR schienen in weiter Ferne zu liegen. Zweifel an der Existenzberechtigung der DDR gab es, zumindest in der öffentlichen Diskussion, zu diesem Zeitpunkt wenige.

Deshalb waren Generaldirektor und Parteisekretär irritiert, als sie auf der „Messe der Meister von morgen“ in Leipzig die Mitteilung erhielten, die APO-Sekretäre seien von einigen Genossen, unter Umgehung der Parteileitung, zu einer Grundsatzdebatte eingeladen worden. Irritiert besonders deshalb, weil es sich bei den „Einberufern“ um uns bekannte informelle Mitarbeiter des MfS, sprich „doppelt Unterstellte“, handelte. Diese Genossen spielten auch im weiteren Verlauf der Ereignisse eine Rolle als Wortführer einer Oppositionsgruppe.

Auch in unserer Parteiorganisation wurden Forderungen nach Urwahl der Parteileitung und einer Vollversammlung aller Mitglieder erhoben, die jedoch von der Mehrheit der Parteileitung und der APO-Sekretäre abgelehnt wurden. Entsprechend einem von der Mehrheit der Parteileitung angenommenen Zeitplan zur Durchführung der regulär anstehenden Parteiwahlen, wurden eine öffentliche Aktivtagung einberufen und die Kandidaten für die neue Parteileitung nominiert.

Auf dieser Aktivtagung wiederholten einige der „doppelt Unterstellten“ ihre Forderung nach Direktwahl der Leitung, allerdings ohne Erfolg.

In einigen Kollektive wurden immer eindringlicher Aussprachen mit leitenden Funktionären gefordert. Dem wurde entsprochen und Foren durchgeführt (an einem von diesen nahm u.a. auch Heinz Vietze teil), die zunächst sachlich, wenn auch oft in scharfem Ton verliefen. Nach der Novemberdemonstration wurden Forderungen wie „Partei aus dem Betrieb“, nach der Abschaffung von Privilegien u.ä. immer häufiger. Deutlicher als bis dahin war die Regie bestimmter Kräfte, die sich jedoch noch nicht offen zu Wort meldeten, zu verspüren. Es wurden zunehmend Forderungen erhoben, die mit den betrieblichen Geschehnissen nichts mehr zu tun hatten.

In der Parteiorganisation begannen sich die Austritte zu häufen. Bis zur Delegiertenkonferenz

im November 1989 hatten etwa 80 Genossen, das waren 10 % unserer Grundorganisation, die Partei verlassen. Es ist verständlich, dass unter den gesamtpolitischen Ereignissen die Delegiertenkonferenz lustlos vorbereitet und durchgeführt wurde. Wir hatten zwar allen Genossen des Betriebes die Möglichkeit eingeräumt, als Gäste an der Konferenz teilzunehmen, davon wurde jedoch nur wenig Gebrauch gemacht. Gäste von übergeordneten Leitungen hatten sich ohnehin nicht angemeldet. Im wesentlichen verlief die Konferenz ohne größere Auseinandersetzungen, sieht man von einigen Versuchen der „doppelt Unterstellten“ ab, die Delegiertenkonferenz zu nutzen, um noch amtierende Funktionäre zu verleumden.

Der bisherige Parteisekretär verzichtete auf eine erneute Kandidatur, so dass der derzeitige Wirtschaftssekretär das schwere Erbe mit der Illusion und der ehrlichen Überzeugung antrat, noch etwas verändern zu können. Diese Illusionen zerschlugen sich aber bereits im Verlaufe der nächsten Wochen.

Von der Belegschaft des Betriebes wurde relativ wenig Notiz von der Neuwahl der Parteileitung genommen. Offensichtlich waren die Tagesereignisse, so die „Enthüllungen“ über die Waldsiedlung Wandlitz, das Aufdecken von angeblichem oder auch tatsächlichem Amts- und Vertrauensmissbrauch von Funktionären der sich in Auflösung befindlichen Partei- und Staatsführung und der Massenorganisationen wichtiger; vor allem jedoch der nunmehr mögliche Besuch Westberlins und der BRD. Wie es künftig weitergehen sollte, darüber machten sich die meisten wenig Gedanken. Freiheit und schillernde Fassade waren zu faszinierend.

Im Stammbetrieb gingen viele Leiter immer mehr auf Distanz zur Partei und die ersten Austritte von Fachdirektoren und Hauptabteilungsleitern aus der SED leiteten eine neue Austrittswelle ein. Sie erreichte besonders in den Monaten Dezember 1989 und Januar 1990 ihren Höhepunkt. In dieser Phase verließen die meisten der noch verbliebenen Fachdirektoren des ehemaligen Stammbetriebes und des Kombinates die SED.

Dabei war die Art und Weise der Parteiaustritte sehr unterschiedlich. Der Parteisekretär führte in dieser Zeit Dutzende von persönlichen Gesprächen mit Genossinnen und Genossen über sie bewegende Fragen. Andere Mitglieder schickten oft umfangreiche schriftliche Austrittserklärungen und schließlich warfen manche auch einfach das Parteidokument kommentarlos in den Briefkasten. An einigen Tagen stapelten sich bis zu 30 Mitgliedsdokumente auf dem Tisch des Parteisekretärs.

In den Monaten November 1989 bis Sommer 1990 schrumpfte die Grundorganisation des Stammbetriebes von 720 Mitgliedern Anfang des Jahres 1989 auf ca. 120 - 150 im Frühjahr 1990.

Der Kontakt zu vielen ehemaligen Mitglieder der SED bestand im Betrieb noch bis zum Frühsommer 1990, weil bis dahin noch keine betrieblichen Kündigungen erfolgten und durch die tägliche Arbeit Kontakt gegeben war. Später aber, mit dem Beginn der Kurzarbeit, riss der Kontakt mehr und mehr ab.

Die tägliche Übergabe der Dokumente der ausgetretenen Mitglieder an die SED-Kreisleitung in Potsdam war für viele Wochen die einzige Verbindung dorthin. Hilfe und Unterstützung für die politische Arbeit in der Grundorganisation erhielten wir von übergeordneten Leitungen schon

lange nicht mehr. Wir spürten sehr deutlich die allgemeine Ratlosigkeit im Parteiapparat. Emotional waren die Monate Dezember 1989 und Januar 1990 die aufregendste Zeit. Viele Ereignisse überschlugen sich. Im eigenen Arbeitsumfeld traf uns die Enttäuschung über das Verhalten von ehemaligen Genossinnen und Genossen persönlich sehr tief.

Manchmal kam auch Angst um das eigene Leben und das der Familie auf. Die sich bald abzeichnende Perspektivlosigkeit einer eigenständigen DDR verfehlte ihre Wirkung nicht. Gedanken und Gespräche über den eigenen Austritt aus der SED wurden zum Alltag. Unter diesen Umständen war an eine wirksame geplante politische Arbeit im Betrieb überhaupt nicht mehr zu denken, Tagesereignisse beherrschten das Geschehen.

Im Foyer des Speisesaals waren bereits mehrere Informationstafeln von Bürgerbewegungen und Parteien aufgestellt, in deren Texten aggressiv gegen die SED- und Staatsführung vorgegangen wurde. In diesem Zusammenhang war die Parteileitung bemüht, sich ein Bild von den sich schnell entwickelnden neuen Parteien und Gruppierungen zu verschaffen. So nahmen wir u.a. an Informationsveranstaltungen der damaligen SDP in Potsdam teil.

Die Parteileitung unternahm den Versuch, alle Ergebnisse unserer Meinungsbildung und unsere Beschlüsse zu aktuellen Problemen zu veröffentlichen, so unsere Fernschreiben bzw. Telegramme an Egon Krenz und Werner Jarowinsky.²³ Zugleich wollten wir sichtbar machen, dass auch wir enttäuscht, wütend und ratlos waren. Das wurde allerdings von der Belegschaft weitgehend ignoriert. Mehrere Ansprachen der Parteileitung an die Belegschaft über den uns noch zur Verfügung stehenden Betriebsfunk verfehlten ebenfalls ihre Wirkung.

In der Parteileitung selbst wurde es immer schwieriger, sachlich zu diskutieren und Leitungsmitglieder traten aus der Partei aus.

In der SED und ihrem Umfeld fanden sich verschiedene Gruppen mit dem Ziel der Erneuerung der Partei zusammen. So nahmen wir mit Interesse die Überlegungen der „Plattform WF“ (Initiativgruppe im Werk für Fernsehelektronik Berlin) zur Kenntnis. Von dieser Gruppe erwarteten wir sowohl Impulse für die Neuformierung der SED als auch für die unmittelbare politische Arbeit im Betrieb.

Mit unserem Antrag vom 5. Dezember 1989 an die Vorbereitungskommission des Außerordentlichen Parteitages gingen wir noch uneingeschränkt vom Fortbestehen der DDR und der SED aus und erwarteten eine demokratische Neuformierung der SED durch ein neues Programm und Statut. Am 15. Dezember 1989 forderten wir mit einem Antrag an den Außerordentlichen Parteitag die Eröffnung eines Parteiverfahrens gegen Egon Krenz. Das ist insofern bemerkenswert, weil noch am 29. November in unserem Fernschreiben an Egon Krenz die Hoffnung zum Ausdruck gebracht worden war, dass er zu den „Erneuerern“ der SED gehören könnte.

Eine wichtige Frage für uns in der Parteileitung war die zukünftige Stellung der SED in der Gesellschaft. Die Präsenz der Partei war zu einem Hauptangriffspunkt in den Betrieben geworden. Schritt um Schritt mussten Positionen aufgegeben werden. So beschloss die Parteileitung im November 1989, die Verantwortung für den Betriebsfunk und die Betriebszeitung aufzugeben und der Gewerkschaft zu überlassen. Aber auch die Gewerkschaften mussten schon bald das Feld räumen.

Welcher Mittel man sich dabei bediente, zeigte folgende Episode.

Als sich die Parteisekretäre der benachbarten Betriebe GRW und Elektronische Bauelemente in den Räumen der Parteileitung des GRW zur Abstimmung der weiteren Vorgehensweise trafen, erschien eine Delegation von Arbeitern im Büro des Parteisekretärs und forderte diesen auf, das Betriebsgelände umgehend zu verlassen. Da wir nicht absehen konnten, wie sich die Lage in unserem Betrieb entwickeln würde, wurden aus Sorge um ihre Sicherheit die weiblichen Angestellten der Parteileitung nach Hause geschickt. Die Räume der Parteileitung waren uns nicht von der staatlichen Leitung entzogen worden, sondern wir hatten von uns aus beschlossen, auf drei von vier Räumen zu verzichten. Mit diesem Schritt wollten wir Zeit gewinnen und der Diskussion „Partei raus aus dem Betrieb!“ die Spitze abbrechen. Wir hatten das zu diesem Zeitpunkt für erforderlich gehalten, weil derartige Forderungen wiederholt in den Medien erhoben worden waren.

In Verbindung mit der räumlichen Verkleinerung war auch über den Verbleib der reichlich vorhandenen Akten zu entscheiden. Wir wandten uns an das kurz vorher gebildete Bürgerkomitee im Betrieb, unter dessen Kontrolle und mit dessen Einverständnis ein großer Teil der Akten entsorgt wurde.

In den folgenden Wochen richtete sich im Betrieb die Stimmung spürbar gegen die SED als Partei insgesamt, weniger aber gegen einzelne Personen. Wir hofften zu diesem Zeitpunkt noch, die Grundlagen für einen Dialog im Betrieb offen halten zu können. Wie sich zeigen sollte, war dafür schon kein Raum mehr. So wurden wir von Informationen, die die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes und die Personalpolitik betrafen, abgeschnitten. Bereits am ersten Werktag nach der Delegiertenversammlung im November 1989 wurden wir z.B. bei der jeden Montag einberufenen Koordinierungsberatung im Betrieb des Raumes verwiesen.

Ein für uns bewegender Moment ergab sich, als eine Delegation von ca. 50-80 Arbeitern und Angestellten aus dem Werkzeugbau und der Betriebsstätte Oderstraße mit Transparenten vor dem damaligen Hauptgebäude des Stammbetriebes aufmarschierte und lautstark ausdrücklich nur den Generaldirektor des Kombines vor das Forum forderte. Den weiteren Verlauf dieser Kundgebung kann ich nicht mehr wiedergeben, aber danach traf ich den Generaldirektor auf seinem Stuhl zusammengesunken sitzend vor. Die Verzweiflung war ihm deutlich ins Gesicht geschrieben. Ein Mann, der viele Jahre seine ganze Kraft in den Dienst des Kombines und, nach seinem Verständnis, auch der Menschen gestellt hatte, bescheiden in seinem Privatleben war und von anderen nur das verlangte, was er von sich selbst forderte, wurde in unqualifizierter Weise von organisierten Krawallmachern abgestraft.

Es kam der Außerordentliche Parteitag der SED. Im Betrieb wollten wir uns als Basisorganisation der SED/PDS neu formieren. Anfangs wurde lange darüber gestritten, ob ein Auflösen der SED nicht der ehrlichere Weg wäre. Wir akzeptierten jedoch den Beschluss des Außerordentlichen Parteitages zum Aufbau der SED/PDS. Mitglieder der SED trugen sich in die Liste der SED/PDS ein. Wer das nicht tat, war nicht mehr als Mitglied der SED/PDS zu betrachten. Aus unserer Sicht war dieses Verfahren nahezu eine Neugründung der Partei. Dieser Prozess war

mit vielen persönlichen Gesprächen und Diskussionen verbunden, aber wir sahen hierin die Chance für einen demokratischen Neubeginn und eine Selbstreinigung der Partei von Karrieristen (besonders auf höheren Leitungsebenen) und Opportunisten.

Mit der rapiden Verringerung der Mitgliederzahl und der unklaren Perspektive der SED/PDS mussten auch die zukünftige Stellung der hauptamtlichen Mitarbeiter der SED im Betrieb und die Organisation der ehrenamtlichen Arbeit geklärt werden.

Für die auf der Delegiertenversammlung im November 1989 beiden nicht wiedergewählten hauptamtlichen Funktionäre der Parteileitung und die technischen Mitarbeiter entstand eine nicht einfache Situation. Eigentlich bei der SED-Kreisleitung bzw. beim ZK der SED angestellt, erhielten sie von dort keine Unterstützung mehr. Wie schon erwähnt, befand sich der gesamte Parteiapparat seit Anfang November 1989 in Auflösung.

In dieser Situation solidarisierten sich noch einige leitende Mitarbeiter des Betriebes mit den ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeitern der Grundorganisation und stellten diese der Qualifikation entsprechend ein. Das wurde auch für den neugewählten hauptamtlichen Parteisekretär und seinen Stellvertreter zu einem glücklichen Umstand. Beide wurden mit einem Überleitungsvertrag ab 1. Januar 1990 vom Stammbetrieb übernommen bzw. wieder in der ehemaligen Abteilung beschäftigt.

Anzumerken ist noch, dass die anfangs erwähnten informellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit im Betrieb zwar eines durch ihre destruktive Arbeit hinter dem Rücken der Parteileitung und aller APO-Leitungen erreicht hatten, nämlich die Neuwahl der Betriebsparteileitung. Im weiteren spielten sie im Betrieb aber keine Rolle mehr. Die Stimmung in der DDR gegen das MfS und dessen informelle Mitarbeiter wurde zunehmend aggressiver, nahm an Schärfe und Aggression zu. Ihr öffentlicher Spielraum wurde mehr und mehr eingeengt.

Sehr schnell schwenkten auch einige staatliche Leiter auf einen Kurs um, der unter dem Deckmantel von Wirtschaftlichkeit und Gewinnorientierung die Vorstellungen der im Stammbetrieb sehr frühzeitig tätig gewordenen Unternehmensberater noch übertraf.

Aber mit Beginn des Jahres 1990 änderte es sich schlagartig. Ein erbittertes Ringen um Posten begann.

Zudem begann der Begriff Treuhand zunehmend Gestalt anzunehmen. Einer der größten Deals in der Wendezeit ging über die Bühne. Die „treue“ Hand in Potsdam spielte der Roland-Ernst-Gruppe aus Heidelberg und dem Immobilienmakler Wisser sowohl den Betrieb Elektronische Bauelemente als auch das GRW in die Hände

Auf der Strecke blieben nicht etwa die „Treuhande“. Sie erhielten neue Jobs von ihren Auftraggebern. Auf der Strecke blieben die blauäugigen DDR-Bürger.

Ab Sommer 1990 begann das mehr oder weniger schnelle Sterben des einst so renommierten VEB Elektronische Bauelemente „Carl von Ossietzky“ Teltow.

*Kurt Koopmann war Parteiorganisator des ZK
Dr. Dietmar Tannert war Parteisekretär des Kombines*

Aus einem Interview vom 19. November 2002, Teil I

[...] *Frage:* Was gab den Anstoß, dich vor der Wende als Stadtverordnete²⁴ und Volkskammer-abgeordnete zu bewerben?

Bednarsky: Zu bewerben ist ein bisschen zu weit gegriffen. Ich bin gefragt worden, ob ich als Stadtverordnete kandidieren würde, was ich auch gemacht habe. Dann habe ich die Kreispartei-schule absolviert.

Danach wurde ich vom DFD angesprochen, ob ich für die Volkskammer kandidieren würde. Wir wissen ja, wie das damals so war. Es mussten bestimmte Kriterien erfüllt werden. Mit mir waren sie zu erfüllen - also junge Frau, aus dem Dienstleistungsbereich, ich war damals Uhrmacherin, SED-Mitglied, in der FDJ, in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und erfolgreicher Besuch der Kreispartei-schule.

Aus meiner heutigen Sicht würde ich sagen: Ich kam dazu wie die Jungfrau zum Kind. Aber es war eine gute Sache, und ich bereue es bis heute nicht, dass ich diesen Schritt gegangen bin.

..

Frage: Kannst du zu deiner Arbeit in der Volkskammer einige Worte sagen?

Bednarsky: Ich bin mit 21 Jahren in die Volkskammer gewählt worden und war die jüngste DFD-Abgeordnete in der Volkskammer. Natürlich war das eine feine Sache - so als junge Frau und dann zwei Jahre später auch als junge Mutter in der Volkskammer für Frauenbelange in der DDR zu kämpfen, zu streiten und auch zu arbeiten.

Damals hatten wir auch unsere Wahlkreise, wir haben Betriebe besucht und Bürger-sprechstunden gemacht. Wir haben in Ausschüssen gearbeitet. Ich war damals im Jugendausschuss und im Rechtsausschuss. Auch dort haben wir öffentliche Fraktionssitzungen bzw. Ausschusssitzungen durchgeführt, und es ist bei weitem nicht so wie immer behauptet wird, dass wir in der Volkskammer in den Ausschüssen nur abgenickt haben, nur Vorlagen hatten. Wir haben uns schon gestritten, wir haben schon diskutiert. Und es muss auch gesagt werden, dass diese Zeit sich natürlich dann geändert hat in Blickrichtung auf 1989. Es waren dann nicht mehr so viele Gesetze zu verabschieden, es waren mehr Staatsverträge. Es wurde doch mehr Kritik laut. Was man auch so innerhalb des Ausschusses und der Fraktion mitbekommen hat. Aber das ist eben leider nicht nach außen gegangen, so dass dort der Eindruck entstand, wir haben in den Ausschüssen kaum gearbeitet. Was richtig war, war, dass wir uns schon vorher zum Abstimmungsverhalten verständigt haben. Was dann ja auch immer so deutlich wurde, wir haben ja immer einstimmig agiert, bis dann so auf den letzten Sitzungen, wo es auch mal eine Gegenstimme oder eine Stimmenthaltung gab. Aber ich habe das eigentlich nicht so gesehen, dass das für uns ein Demokratieverlust gewesen sei, verglichen mit dem, was dann unter Demokratie verstanden wurde oder was sie jetzt darstellt.

Frage: Hattest du den Eindruck, dass die kritischen Einwände und Fragen, die du in den Ausschüssen geäußert hast, auch wirksam wurden in Gesetzen, Verordnungen und anderen Dingen, die die Volkskammer verabschiedete?

Bednarsky: Also ich kann mich an ein Beispiel erinnern... Wir haben... leider das Pech, dass wir einen mehrfach schwerstgeschädigten Jungen haben. Jan ist ein anerkannter Haftpflichtschaden auf das Gesundheitswesen der DDR. Wir hatten ganz tolle große Probleme, was die Versorgung mit behindertengerechter Bekleidung betrifft. Und dieses Problem, das viele Familien, das viele Mütter betraf, habe ich zum Beispiel im Jugendausschuss und dann auch in der Fraktion angesprochen.

Und da muss ich wirklich sagen, dass es dann Aktivitäten von Seiten der Ministerien gegeben hat, dass sie sich drum gekümmert haben. Wir haben gemeinsam einen Betrieb gefunden, der dann mit der Produktion dieser Sachen begonnen hat. Also das muss man dann der Fairness halber auch sagen, es gab auch positive Beispiele, wo wir als Abgeordnete etwas erreichen konnten.

Frage: Zur Übergangszeit 1989/1990 in der Volkskammer. Wie hast du das selber wahrgenommen und was hat sich in der Volkskammer vollzogen?

Bednarsky: Im Voraus möchte ich erst mal sagen, dass das eine sehr spannende Zeit war. Auch zum Teil eine sehr gefährliche Zeit für mich persönlich. Es war so, dass wir in den Ausschüssen und in den Fraktionen schon eine andere Arbeitsweise an den Tag gelegt haben. Es war Anfang 1989 so, dass es persönliche Differenzen zwischen der Fraktion und der damaligen Vorsitzenden Frau Thiele gab. Das wurde auch klar und deutlich ausgesprochen. Es wurde wesentlich kritischer mit der gesamten Situation in der DDR umgegangen. Was unsere Fraktion betraf, wir waren ja eine reine Frauenfraktion, wurde nach und nach immer mehr die Situation hinterfragt. Auch aus meiner Fraktion traten drei Frauen aus der SED aus. Die sind damals natürlich ganz schön Spießruten gelaufen. Das waren die Zeichen, dass es ein „Weiter so“ nicht geben konnte. Im Parlament war die Arbeit dadurch gekennzeichnet, dass es richtige Diskussionen gab, mit Rede und Gegenrede, dass es auch mal dazu kam, dass nicht mehr alles einstimmig durchgegangen ist. Auch im Parlament zeigte sich Widerstand. Ich kann mich noch an diesen berühmten Satz erinnern, der ja in die Geschichte eingegangen ist: „Ich liebe euch doch alle.“ Dazu muss man sich die Situation vorstellen: In der Volkskammer gab es auch eine bestimmte Sitzordnung. Die DFD-Fraktion saß ganz oben, rechts außen, vor uns saßen die Blockparteien, unter uns die NDPD. Als Mielke sprach, gab es Zwischenrufe in der Richtung – „Also was willst du jetzt? Sage doch richtig, was los ist mit der DDR!“ Es gab ganz schöne Angriffe auf seine Person. Daraufhin hat er den Satz gesagt: „Ich liebe euch doch alle!“ Der Satz wird immer aus dem Zusammenhang gerissen und falsch dargestellt. Da sollte man wirklich mal gucken, was in den Protokollen der damaligen Volkskammer steht, weil es ist eben nicht so gewesen, wie man das heute darstellt. Dann gab es, das wissen wir noch alle, die Rücktritte im Politbüro, in den Ministerien. Honecker, Stoph, die sind alle gegangen worden, mehr oder weniger. Krenz rückte nach. Von der Zeit an gab es auch massive Drohungen gegen das Parlament. Mehrfach gab es Bombendrohungen. Wir sind des öfteren ausgezogen, auch in den Ministerrat usw. Es gab da schon Sachen, die nicht so schön waren. Was das Untereinander betraf, wurde es manchmal schon ganz schön kritisch, zum Teil auch mit persönlichen Angriffen der Blockparteien gegen die SED, aber auch

umgekehrt. Es gab ganz schöne Probleme untereinander. Ich kann mich noch an eine Situation erinnern, als in der Cafeteria in der Volkskammer, wo die Abgeordneten versorgt wurden, das Personal streikte. Sie haben die Abgeordneten nicht mehr versorgt. Wir haben oben in den Räumen gestanden. Unten war die Bevölkerung auf der Straße, die demonstriert hat, die die DDR-Flagge runter geholt und auf das Emblem gespieen hat, und alles das geschah, was auch im Fernsehen zu sehen war. Für mich war es ganz schlimm, dass die Großen, wie man so schön sagt, über Fluchtwege das Parlament verlassen haben und wir sehen konnten, wie wir nach Hause kommen. Das waren Situationen, die ganz schön an die Nieren gingen.

Frage: Wie hast du diese ganze Situation im Oktober und November 1989 außerhalb der Volkskammer, in deinem heimatlichen Umfeld in Cottbus und in der Republik überhaupt wahrgenommen?

Bednarsky: Das ist schon fast ein Roman. Ich war damals im Dienstleistungskombinat in Cottbus als sogenannte Eingabebearbeiterin tätig. Eingaben waren das, was man heute als Petitionen bezeichnet. Mein damaliger Kombinatdirektor, auch strammes SED-Mitglied, der nie versäumte zu erwähnen, dass er eine Volkskammerabgeordnete in seinem Betrieb hat, hat mich ständig attackiert, nach der Devise, na du bist ja auch verantwortlich für die ganze Situation, du hast schließlich im Parlament gesessen.

Bei den Kolleginnen und Kollegen gab es sehr unterschiedliche Reaktionen. Der Parteisekretär hat ganz schnell das Feld geräumt, der FDJ-Sekretär war ebenso schnell weg. Auch bei uns im Betrieb hatte sich das Neue Forum gebildet. Die haben mich frühmorgens nach der Volkskammersitzung abgefangen und von mir Rede und Antwort gefordert. Ich habe versucht, aus meiner Sicht die Situation zu erklären. Es war schwierig zu sagen, das und das war falsch, da überhaupt noch keiner richtig einordnen konnte, was damals alles falsch gelaufen war. Vieles kann man erst jetzt nach zwölf Jahren richtig einordnen. Das waren schon Situationen, in denen ich Angst hatte, verzweifelt war wie viele von uns, weil man eben nicht wusste, wie es weitergeht. Man hörte immer wieder, die DDR geht unter, die wird es nicht mehr geben. Wer sein Leben der Partei gewidmet hatte und dafür eingetreten war, etwas zu verändern und mitzugestalten, den überkam Wut, Verzweiflung und Enttäuschung, auch Tränen sind geflossen.

Im familiären Bereich kam es so, dass sich meine Schwiegereltern von unserer Familie losgesagt hatten, weil mein Mann in der SED blieb und er auch jetzt PDS-Mitglied so wie ich ist. Es gab von der familiären Seite viele, viele Angriffe.

Wir haben auch schriftlich Morddrohungen gekriegt, und wurden im Haus angegriffen. Aber ich denke, dass die Einstellung, die wir beide an den Tag gelegt haben, als wir sagten: Wir stehen zur DDR, betrachten aber kritisch das, was in der DDR abgelaufen ist; wir stehen auch zu unserer eigenen Verantwortung, unseren eigenen Fehlern in den von uns ausgeübten Funktionen, das hat uns die Hochachtung der Leute eingebracht.

Monate später sagte man zu uns: „Wir finden es toll, dass ihr dabei geblieben seid. Wir hätten es überhaupt nicht verstanden, wenn gerade ihr ausgetreten wäret.“

Ich kann mich an eine Begebenheit von 1993 erinnern. In dem Jahr war in Cottbus die Wahl

zum Oberbürgermeister, zu der ich kandidiert habe. Da hat gerade die Frau, die mich vordem angegriffen hatte, sich zwar nicht bei mir entschuldigt, aber angerufen und gesagt: „Ich finde das toll, dass Sie dabeibleiben, und ich wähle Sie jetzt auch als Oberbürgermeisterin.“ Das sind schon Begebenheiten, die hängen bleiben. Das war für uns alle keine einfache Zeit. Aber es sind auch Erfahrungen, die ich nicht missen möchte. [...]

Kerstin Bednarsky war von 1990 bis 2004 Abgeordnete des Brandenburger Landtages

Wolfgang Krug

Drei bedeutsame Tage im November 1989

Es gibt weltgeschichtliche Ereignisse, die sich auch unmittelbar auf das persönliche Leben auswirken. Ein solcher Tag war der 9. November 1989 mit der Öffnung der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin.

Damals war ich Mitglied der SED, in der Wohnparteiorganisation 50 (Teltower Vorstadt in Potsdam) organisiert und berufenes Mitglied der Ständigen Kommission „Ordnung, Sicherheit und sozialistische Wehrerziehung“²⁵ des Bezirkstages Potsdam.

Am Abend des 8. November 1989 verfolgte ich die Abendsendungen des Fernsehens der DDR und wurde von einer Pressekonferenz in den Bann gezogen.²⁶

Der Anlass dieser Pressekonferenz ist heute fast vergessen. Es war vorgesehen, die internationale und nationale Presse über Ergebnisse und Verlauf des zweiten Tages der 10. Tagung des ZK der SED zu informieren. Am Ende der Pressekonferenz verkündete Günter Schabowski, Mitglied des Politbüros, die sofortige Reisefreiheit für alle DDR-Bürger und die Öffnung der Grenze zur BRD und zu Westberlin.

Die Grenzöffnung kam auch für die Ständige Kommission, die sich am 10. November zu ihrer turnusmäßigen Beratung zusammengefunden hatte, völlig überraschend. In „normalen“ Zeiten bestand eine der Aufgaben der Kommission darin, die für die Grenzsicherung verantwortlichen Organe bei der Einhaltung der Regelungen für das Grenzgebiet zu unterstützen.

Trotz der sich an der Staatsgrenze überschlagenden Ereignisse und der sich immer unüberschaubarer entwickelnden Lage blieb die Tagesordnung der Kommissionssitzung unverändert. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates Bezirkes für Inneres und der Sachbearbeiter für Grenzfragen hatten von übergeordneten Dienststellen keine Weisungen und Informationen erhalten.

Erst allmählich wurde den Abgeordneten und berufenen Mitgliedern der Ernst der Situation klar.

Ein zweites Ereignis, an das ich mich besonders erinnere, war die Willensbekundung von Potsdamer Genossinnen und Genossen am 11. November vor der Potsdamer Sporthalle im Zusammenhang mit einer Kreisparteiaktivtagung, die in der Halle stattfand. Mir fällt die Frage von Heinz

Vietze, zu diesem Zeitpunkt 1. Kreissekretär der SED Potsdam, auf der Parteiaktivtagung in der Sporthalle ein: „Haben wir die Kraft zur revolutionären Erneuerung unserer Partei, unserer sozialistischen Gesellschaft?“

Zur Kundgebung vor der Halle unter der Losung: „Wir wollen nicht irgendeine Wende! Wir wollen einen neuen Sozialismus!“ hatten die Grundorganisationen der SED des VEB Maschinenbau „Karl- Marx“, des VEB GRW Teltow und der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften aufgerufen.²⁷

Viele unzufriedene Parteimitglieder waren gekommen und so zog die ganze Aktivtagung ins Freie, in die Öffentlichkeit. In wenigen Minuten wurde die Tagung zur Kundgebung, die drei Stunden andauerte und auf der 44 Redner sprachen. Entschiedener Unwille wurde bekundet, die Unzufriedenheit der Parteibasis und vieler ihrer Funktionäre mit langanhaltender Sprach- und Konzeptionslosigkeit, mit Halbherzigkeit bei Festlegungen und Kaderveränderung der gerade zu Ende gegangenen Tagung des Zentralkomitees, mit der Führung der SED-Bezirksparteiorganisation durch die Bezirksleitung und ihr Sekretariat wurden zur Sprache gebracht. Zunächst gegen Buhrufe, Pfiffe und Rücktrittsforderungen ankämpfend, sprach der 1. Sekretär der Bezirksleitung, ZK-Mitglied Günter Jahn, über die 10. Tagung. Er bekannte sich zur vollen Verantwortung als Parteifunktionär, aus der sich jetzt niemand heraushalten dürfe.

An einige der Beiträge erinnere ich mich noch besonders. Dr. Hans Pommerenke, Parteisekretär der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft sagte u.a., dass die Rede Günter Jahns auf dem Plenum Ausdruck der Wende, aber nicht der dringend erforderlichen Erneuerung der Partei gewesen sei. Er forderte die Entbürokratisierung der Parteiarbeit einschließlich der Reduzierung des Parteiapparates und fragte nach der Nutzung der Gästehäuser z.B. im Wildpark sowie der Fahrzeuge der Bezirksleitung.

Franz Rentmeister, Vorsitzender des Bezirkskomitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, beschwor die Genossen, die Einheit der Partei nicht zu gefährden, denn nur eine einheitliche und geschlossene Partei könne die großen Aufgaben der Erneuerung meistern. Peter Lüdtkke, Monteur im Karl-Marx-Werk, sprach zur komplizierten Arbeitskräftelage in den produzierenden Abteilungen. Dort gehe es nicht um abstrakte Vorstellungen, sondern Zupacken an der Basis, wozu auch Mitarbeiter aus Verwaltungen und wissenschaftlichen Einrichtungen dringend gebraucht würden.

Im Namen der Genossen des Hans-Otto-Theaters sagte K.P.M. Wolff, dass sie der Bezirksleitung der SED den Misstrauensantrag gestellt hätten, weil diese ihren Aufgaben nicht gerecht geworden sei. Es sei zu spät, von der Einheit der Partei zu reden, die Spaltung sei schon unter uns.

Dr. Matthias Wedel, Leiter des Potsdamer Kabarets forderte den Rücktritt Günther Jahns, Heinz Vietze solle in der SED-Kreisleitung die Vertrauensfrage stellen. Die „MV“, die er „das konservative Blatt in unserem Blätterwald“ nannte, solle aus einem „Verlautbarungsorgan der Bezirksleitung“ zum Organ der Mitglieder der Bezirksorganisation werden.

Gretel Schulze, ebenfalls vom Potsdamer Kabarett, die ein Transparent mit der Aufschrift: „Ja, zum Leben – nein zu Jahn.“ mitgebracht hatte, an dem mehrfach Anstoß genommen worden

war, bedauerte das Missverständnis, das sie nicht erwartet habe. Ihr gehe es durchaus nicht um ein alternatives Leben oder Jahn, vielmehr darum, nicht schon wieder in Zweckoptimismus zu verfallen. Erst denken, die Inhalte bestimmen, dann überlegt handeln sei notwendig.

Als dritter oder vierter Diskussionsredner betrat ich die provisorische Tribüne, stellte mich als Vorsitzender des Bezirksgrenzsicherheitsaktivs vor und erinnerte an die Ereignisse des 9./10. November, wo die Grenzer verantwortungsbewusst handelten, so dass niemand zu Schaden kam.²⁸ Diese Ereignisse verglich ich mit den Sicherungsmaßnahmen des 13. August 1961 und betonte, dass erneut der Frieden gesichert wurde. Ich dankte der Grenzbevölkerung für die bisher ertragenen Erschwernisse und Belastungen, die nicht immer widerspruchlos hingenommen wurden.

Über Probleme und Schwierigkeiten in der Volksbildung, auch darüber, dass die Lehrer in der Vergangenheit zu oft allein gelassen wurden, sprach Helga Libera. Sehr oft hätte sie sich die Frage gestellt, wie es weiter gehen solle, auch am Samstagmorgen, als viele Lehrer vor halb-leeren Klassen standen, weil die Familien nach Westberlin gefahren seien.

Dann trat Kaspar Deddy alias Detlef Vollrath, der mit den alternativen Gruppen gekommen war, mit drei Kindern aufs Podium und bat, den Kindern mehr Zeit zu schenken. Während der Kundgebung malte er mit den Kindern und übergab am Ende die Zeichnungen Heinz Vietze. Verschiedene Redner forderten einen Außerordentlichen Parteitag. So sprach sich Ralf Schwarz aus dem Karl-Marx-Werk Potsdam für einen Parteitag aus, wenn ein Drittel der Genossen dafür seien. Dorothea Schwarz, Foron Haushaltsgeräte Potsdam, verlas einen Brief ihrer GO an Heinz Vietze mit der Forderung nach einem Außerordentlichen Parteitag, da nur dieser die Erneuerung der Partei bewirken könne.

Heinz Vietze erläuterte den Standpunkt der Kreisleitung zum Aktionsprogramm des ZK der SED und schlug vor, die auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 2. Dezember zu wählenden Delegierten für die Parteikonferenz zu bevollmächtigen, dafür zu stimmen, dass sich die Parteikonferenz zum Außerordentlichen Parteitag konstituiert.

Im Verlaufe der Kundgebung kamen Vertreter einer Gegendemonstration zu Wort, die sich auf dem Platz der Nationen versammelt hatten und dann zur Sporthalle gezogen waren. Einer von ihnen sprach sich für einen demokratischen Sozialismus aus. „Wir auch“, riefen viele Genossen. Freie Wahlen und Zulassung aller neuen politischen Organisationen seien nötig, sagte der Sprecher, ebenso eine freie Presse, Medien- und Versammlungsfreiheit. Seine Ansprache wurde immer wieder von Sprechchören wie „SED, SED“ und Zwischenrufen wie „Lies mal das Aktionsprogramm!“ unterbrochen.

Stefan Martin, der sich als Mitglied der Potsdamer Antifa-Gruppe vorstellte, sagte: „Wenn hier von beiden Seiten gerufen wird: „Wir sind das Volk“, dann heißt es nicht, dass hier zwei Völker sind, aber die Genossen sollten auch den Unwillen vieler in den Basisgruppen verstehen, die Schlimmes erlebt haben.“

Tilo Kühn von der Pädagogischen Hochschule erklärte, es dürfe nicht dazu kommen, dass jetzt die alternativen Gruppen versuchen, die SED-Mitglieder aus dem gesellschaftlichen Miteinander auszugrenzen. Eben das, was sie der SED vorhalten, schein jetzt durch sie prakti-

ziert zu werden.

Gerhard Schulbach, Zentralinstitut für Physik der Erde, verlangte die rasche Aufklärung der Vorgänge um die Kommunalwahlen in Potsdam und den Abbau überflüssigen Leitungsaufwandes der Partei.

Mario Koglin, Student der ASR, forderte, die Hände auch jenen zu reichen, die sich als alternative Kräfte zur SED verstehen.

Jürgen Hermann, Rechtsanwalt, habe viele Konflikte mit den alternativen Gruppen und deren Gedanken gekannt, aber viel zu wenig darüber gesprochen und noch weniger getan, um sie lösen zu helfen. Er sei gegen Abrechnungskampagnen, die die Partei destabilisieren. Er sei für Dialog, für Demagogen sei kein Platz.

Die Emotionen schlugen auf beiden Seiten hoch und Heinz Vietze griff schlichtend mit den Worten ein: „Wir bleiben doch dabei, im Dialog muss man alle Meinungen, auch wenn sie noch so unterschiedlich sind, achten!“

Auf diese Kundgebung folgte eine Welle von Veranstaltungen, wie die emotional geladenen Bürgerforen im Blauhaus und die Wahl der Delegierten für den Parteitag mit endlosen Debatten, die oft bis in die Nachtstunden hinein dauerten.

Wer weiß heute noch um die Erwartungen in den Wohnparteiorganisationen, die nach dem Außerordentlichen Parteitag plötzlich die Hauptlast der Parteiarbeit tragen sollten? Wer erinnert sich noch an die Enttäuschung, als von dem erwarteten Strom von Parteimitgliedern aus den aufgelösten Betriebsparteiorganisationen und Parteiorganisationen der bewaffneten Organe nur wenige in den Wohngebieten ankamen und sich in die Arbeit einbrachten. In unserer WPO 50, die zur Basisorganisation 50 der Teltower Vorstadt wurde und 70 Mitglieder hatte, meldeten sich 5 Mitglieder aus den bewaffneten Organen und 8 Mitglieder aus Betriebsparteiorganisationen. Im Wohngebiet hatte es aber ca. 350 Mitglieder der SED gegeben.

*Wolfgang Krug war Oberst der Grenztruppen,
Diplommilitärwissenschaftler (2004 verstorben)*

Gerhard Pohlmann

Auflösung der Grundorganisationen in den Zollorganen der DDR²⁹

Dass die Wende ganz wesentlich mit den Füßen auf den Straßen, unter Beteiligung auch von SED-Mitgliedern, erkämpft wurde, bestreitet heute wohl kaum noch jemand. Von mindestens ebenso großer Bedeutung waren aber die Auseinandersetzungen, die sich in der SED, in den Betrieben und staatlichen Einrichtungen abspielten.

In den Organen des Zolls gab es in den Mitgliederversammlungen der SED und auf dienstlicher Ebene, angeregt durch Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion, heiße Diskussionen zu innen- und außenpolitischen Fragen. Sie bezogen sich sowohl auf die Politik der Partei- und Staatsführung insgesamt als auch auf das Fehlverhalten Einzelner und leitender Mitarbeiter der Zollverwaltung. Die Diskutierenden wollten grundlegende Veränderungen in der Politik von Partei und Regierung, keinesfalls aber die Beseitigung der DDR.

Im Gefolge der Auseinandersetzungen in den Zollorganen wurden u.a. die Parteileitungen der Hauptverwaltung und der Bezirksverwaltung Leipzig gezwungen, zurückzutreten. Daraufhin berief das ZK der SED den in der Zollverwaltung eingesetzten Parteiorganisator ab. In der Bezirksverwaltung Potsdam äußerte sich der Unmut der Parteimitglieder darin, dass keiner der leitenden Parteifunktionäre und Führungskader zu den Kreis- oder Bezirksdelegiertenkonferenzen gewählt wurde. Hingegen gab man einem Kontrolleur vom Kontrollpunkt Drewitz und einem Lehrer des Zollinstituts, der als Student die Umwälzungen in Moskau miterlebt hatte das Vertrauen, zum Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS am 8./9. und 16./17. Dezember zu fahren.

Trotz der internen Auseinandersetzungen gab es bei der Erfüllung der zolldienstlichen Aufgaben keine Abstriche. Das war die wichtigste Voraussetzung dafür, dass die Zöllner in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989, auf sich selbst gestellt, an der Seite der Grenzer und Passkontrolleure ihre Pflicht erfüllten. Trotz des enorm anwachsenden Reiseverkehrs kam es nirgends zu Zwischenfällen, entstand kein Chaos. Dass zu diesem Zeitpunkt keiner der Angehörigen der bewaffneten Organe von der Schusswaffe Gebrauch machte, war sicher in erster Linie ihrer politischen Erziehung zu verdanken, was heute kaum noch jemand in der Öffentlichkeit der BRD wahrhaben will.

Nach dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS und der Streichung der führenden Rolle der Partei aus der Verfassung der DDR durch die Volkskammer ergab sich für uns die Aufgabe, die Parteiorganisationen der SED/PDS aus den Dienststellen herauszulösen. Am 15. Dezember 1989 beendeten die hauptamtlichen Parteisekretäre der Dienststellen und die Mitarbeiter des Lehrstuhls für Marxismus/Leninismus am Zollinstitut ihre Tätigkeit. Der größte Teil der Mitglieder setzte seine Tätigkeit in den Basisgruppen in den Wohngebieten fort. Einige APO beschlossen, als Parteiorganisationen in den Zollorganen weiterzuarbeiten.

Anzumerken ist allerdings, dass nicht wenige Genossen in dieser letzten Periode (Dezember 1989/Januar 1990) ihr Parteidokument dem Sekretär persönlich übergaben oder der Kreisleitung zuschickten und damit ihre Parteimitgliedschaft beendeten.

Ich selbst konnte meine Arbeit als ehrenamtlicher Parteisekretär in der Bezirksverwaltung für

eine kurze Zeit fortsetzen. Dafür stand mir zwar noch die notwendige Arbeitszeit zur Verfügung, die technischen Möglichkeiten wurden mir aber entzogen. Neben den genannten inhaltlichen Fragen spielten jetzt organisatorische Aufgaben zur Auflösung der Parteiorganisationen die Hauptrolle.

Gleichzeitig hatten wir uns aber auch mit den Veränderungen im Arbeitsumfang und in der Arbeitsweise in den Dienststellen des Zolls zu beschäftigen. Zudem war die Kritik an der Tätigkeit der Hauptverwaltung nicht ohne Folgen geblieben. Schon am 21. November 1989 wurde durch den neuen Leiter der Zollverwaltung, Zollchefinspekteur Günther Arndt, die eindeutige Orientierung auf eine moderne, den internationalen Anforderungen und der Arbeitsweise der westlichen Zollverwaltungen angepasste Aufgabenstellung der Zollverwaltung der DDR gegeben. Anfang 1990 wurden neue Strukturen eingeführt, und durch die Übertragung der alleinigen Zuständigkeit für die operative Anleitung und Kontrolle an die Bezirksverwaltungen, nunmehr Zolldirektionen, erhöhte sich deren Verantwortung ganz wesentlich. Fast täglich wurden neue Kontrollpunkte eingerichtet, viele Führungskader mussten von heute auf morgen höhere Funktionen und damit eine größere Verantwortung übernehmen.

Berater der westdeutschen Zollverwaltung wurden den Leitern der Hauptverwaltung und der Bezirke an die Seite gestellt. Ab September 1990 übernahmen sie die Führungsgeschäfte und die DDR-Leiter fungierten dann nur noch als „Abwickler“.

In der Parteiorganisation wurden in gemeinsamen APO-Versammlungen in den Stellvertreter-Bereichen geheime Abstimmungen darüber durchgeführt, ob die Parteiarbeit durch die gewählte Leitung und ihren Sekretär bis zu Parteiwahlen weitergeführt werden soll oder ob diese durch sofortige Neuwahlen zu ersetzen seien. Nach heftigen Auseinandersetzungen entschied sich die Mehrheit der Genossinnen und Genossen für den ersten Weg.

Auf der Delegiertenkonferenz am 15. Januar 1990 erfolgte in Anwesenheit des Leiters der Abteilung für Sicherheitsfragen der Bezirksleitung Potsdam der SED, Helmut Teichmann, die Auflösung der Grundorganisation der Bezirksverwaltung, nachdem vorher die Verabschiedung ihrer APO-Sekretäre und der Parteisekretäre der Dienststellen stattgefunden hatte.

Die uns verbliebenen Beitragsrücklaufmittel wurden, in Abstimmung mit der Abteilung Finanzen der Bezirksleitung und der Bezirksrevisionskommission, den APO für Ehrungen zur Verfügung gestellt, mit denen wir uns noch bei vielen aktiven Mitgliedern bedanken konnten.

Die letzten Mitgliederversammlungen fanden in würdiger, aber aufgelockerter Atmosphäre statt. Mancher unüberwindbar scheinender Streit konnte gemindert oder gar beigelegt werden.

Die Mehrheit der Zöllner wurde durch die Finanz- bzw. Zollverwaltung der BRD übernommen. Für die gute fachliche Ausbildung in der DDR spricht, dass ihre Arbeit heute noch geschätzt und anerkannt wird.

*Gerhard Pohlmann war Zolloberrat,
Parteisekretär der Bezirkszollverwaltung Potsdam*

Interview der „Lausitzer Rundschau“ mit Wolfgang Thiel nach seiner Wahl zum 1. Sekretär der Bezirksleitung Cottbus der SED am 9. Dezember 1989³⁰

1. Zwei Wochen bist du nunmehr in deiner Funktion, welche ersten Erfahrungen hast du gemacht?

Vor allem die Erfahrung, dass die Erneuerung des Sozialismus, erzwungen von einer friedlichen revolutionären Volksbewegung, die konsequente Erneuerung der SED von unten nach oben erfordert.

Hier sehe ich auch das Hauptfeld unserer derzeitigen politischen Arbeit als neugewähltes Sekretariat der Bezirksleitung in Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages.

2. Du hast dich innerhalb kürzester Zeit für die Funktion des 1. Sekretärs entscheiden müssen. Welches waren deine Motive?

Wenn man nur wenig Zeit für solch eine Entscheidung zur Verfügung hat, ist das mit den Motiven so eine Sache.

Ich habe bisher immer nach dem Grundsatz gehandelt: Wer Veränderungen als notwendig erkannt hat, darf nicht nur Forderungen aufstellen, sondern muss auch Verantwortung übernehmen. Dabei habe ich keine Illusionen, weiß ich doch aus eigenen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit sowjetischen Kommunisten während meines Studiums in Moskau von 1985 – 1987, dass die gegenwärtige Etappe des Aufbruchs zu einem besseren Sozialismus die schwerste in diesem Prozess ist.

3. Wie viel Arbeitsstunden hat für dich durchschnittlich ein Arbeitstag?

14 bis 16 Stunden.

4. Welche Leitungsprinzipien sind für dich die wichtigsten?

Kollektive Beratung und produktiver Streit, Ausschöpfung des vorhandenen geistigen Potentials, Offenheit und Ehrlichkeit, Solidarität und Kameradschaft, Wahrnehmung der eigenen Verantwortung, um nur einiges zu nennen.

Das Wichtigste ist und bleibt die gründliche Beratung mit den Genossen und Werktätigen vor Ort. Der Sozialismus wird nicht in unseren Parteibüros erneuert, sondern an der Basis, in den Betrieben, Genossenschaften, Institutionen und Einrichtungen, durch das Schöpferium der Millionen und aber Millionen Menschen. Womit wir wieder bei Lenin wären.

5. Wie argumentierst du mit Genossen, die ihr Mitgliedsbuch hingelegt haben?

Bevor ich argumentiere, frage ich nach den Beweggründen. Die sind sehr unterschiedlich. Argumente lohnen vor allem dann, wenn Genossen unsere Partei verlassen haben, weil sie mit der bisherigen Politik nicht einverstanden waren bzw. resigniert haben.

Mein Hauptargument ist, dass wir eine leistungsstarke marxistisch-leninistische Partei brauchen, damit der Sozialismus in der DDR nie wieder in Gefahr gerät. Das verbinde ich mit der Bitte, ihren Entschluss zu überdenken.

6. Es gibt nicht wenige Genossen, die diskutieren gegenwärtig über eine neue, nicht erneuer-

te Partei. Was hältst du davon?

Das ist eine heiß diskutierte Frage. Meine Auffassung ist, dass der begonnene Prozess der Erneuerung eine neue [einheitliche Partei zum Ergebnis haben muss.] SED zum Ergebnis haben muss. Das heißt für mich: Die SED, wie sie vor dem 9. Plenum des ZK bestand, wird es dann nicht mehr geben.

Das ist die wichtigste Voraussetzung für den weiteren Erfolg der revolutionären Bewegung hin zu einem humanen und demokratischen Sozialismus. Da weiß ich mich mit Tausenden Genossen der Parteibasis in Übereinstimmung. Aber das wird wesentlich von der Arbeit des Außerordentlichen Parteitages abhängen.

7. Wie stehst du überhaupt zur Führungsrolle der Partei und damit zum Artikel 1 unserer Verfassung?

Der Streit darüber geht ohnehin schon zu lange. Ich bin dafür, dass der Artikel 1 unseres Grundgesetzes geändert wird.

Das Volk wird selbst erkennen, welche Partei seine Interessen am konsequentesten vertritt.

8. Wo steht eigentlich deine funktionsgebundene Datsche?

Wo und wie wohnst du privat?

Eine funktionsgebundene Datsche habe ich nicht.

Meine Frau und ich sind seit 1987 Mitglied des VKSK und schaffen uns seit 2 Jahren bei der Einrichtung eines Kleingartens.

Ich wohne in einer 2 ½-Zimmer – AWG-Wohnung in Senftenberg gemeinsam mit meiner Tochter, dem Enkel und dem zukünftigen Schwiegersohn. Ich bin sozusagen ein sozialer Fall.

9. Welchen Autotyp fährst du dienstlich bzw. privat?

Und wird es dabei bleiben?

Dienstlich steht mir ein Lada zur Verfügung, privat fahre ich einen gebraucht gekauften Trabant, Baujahr 1978.

Ansonsten bin ich Besitzer einer 75er Anmeldung für einen Trabant-Kombi.

10. Wie schätzt du den gegenwärtigen Stand der Vorbereitung auf den Außerordentlichen der SED ein?

Tatsache ist, dass die Vorbereitung außergewöhnlich ist.

Es ist ausschließlich Sache jedes Genossen selbst, wem er seine Stimme gibt und wem er seine Zustimmung versagt.

Auch die Kreisdelegiertenkonferenzen werden anders sein als früher: voller Polemik, Streit, ohne Schönfärberei.

Ich sehe ihre Aufgabe darin, Genossen als Parteitagsdelegierte zu wählen, die gewillt und fähig sind, sich an die Spitze der Erneuerung des Sozialismus und unserer Partei zu stellen.

11. Kommt dir in deiner jetzigen Funktion deine ehemalige Tätigkeit zugute?

Das kann ich mit einem eindeutigen Ja beantworten.

Sowohl meine Erfahrungen aus der Tätigkeit als Fachschullehrer bzw. als Parteisekretär einer Grundorganisation möchte ich nicht missen. Generell bin ich dafür, dass bei der Aus- und Weiterbildung von Kadern meiner Partei der Psychologie, Soziologie und Pädagogik bedeutend mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

12. Du warst in Betrieben und Genossenschaften des Bezirkes. Welche Eindrücke haben dich besonders bewegt? Welche Hinweise und Vorschläge, natürlich auch Kritiken, für deine Tätigkeit gab es?

Ich war bei den Kumpeln im Stammbetrieb des BKK Senftenberg – genauer in der Brikettfabrik II und im Kraftwerk Brieske. Bewegt und gleichermaßen gefreut hat mich, wie die Kumpel von ihrer Arbeit sprachen, die sie trotz vieler Widrigkeiten ernst nehmen. Und jeder – zumindest in unserem Bezirk – weiß, wie wichtig Briketts und Elektroenergie sind. Bewegt hat mich die Offenheit der Genossen und Kollegen, die sie mir entgegenbrachten. Dabei wurde nicht einfach kritisiert, was nicht in Ordnung ist, sondern es wurden konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Lage unterbreitet. Manches war darunter, was ohnehin schon in unserem – wenn ich es so sagen darf – Veränderungskonzept steht.

Auch aus den Gesprächen mit Genossenschaftsbauern und LPG-Vorsitzenden der Kooperation Straupitz, Kreis Lübben, in der vergangenen Woche habe ich Kraft geschöpft für meine Arbeit. Kritiken gab es zum bisherigen Führungsstil der Partei, zu grundlegenden Fehlern in der Parteiführung – und immer mit dem Hinweis, den ich mir persönlich annehme: es nun anders, besser zu machen und immer auf die Basis – ich finde kein passenderes Wort – zu hören, mit den Genossen vor Ort zu beraten.

Berechtigte Kritik gab es genug auch zur materiell-technischen Versorgung, zu schlechten Arbeitsbedingungen, wie zum Beispiel in der Milchviehanlage Neu Zauche.

Wie verändert werden kann, darüber gibt es Vorstellungen und Festlegungen in der Kooperation.

13. Einige Leser der LR fragten in Zuschriften: Wo bleibt eigentlich das konkrete Aktionsprogramm unserer Bezirksparteiorganisation? Eine ganze Reihe Bezirksleitungen arbeiten bereits danach. Ist unsere Bezirksleitung sprachlos?

Der Eindruck muss täuschen, weil nicht täglich nach alten Zöpfen, in der Bezirkszeitung Berichte über Diskussionen der Sekretäre und Mitarbeiter der Bezirksleitung in Partei- und Arbeitskollektiven veröffentlicht werden.

Zum Aktionsprogramm: Die gewählte Bezirksleitung beschloss einstimmig, das Aktionsprogramm des ZK und die Rede des 1. Sekretärs der Bezirksleitung vom 13. 11. als Arbeitsgrundlage zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitages zu nehmen. Unser Konzept für die Bezirksparteiorganisation wächst von unten nach oben.[...]

14. Welche Aufgaben sind für dich gegenwärtig die wichtigsten und wie gehst du als 1. Sekretär der Bezirksleitung an ihre Lösung heran?

... Die Lage in der Bezirksparteiorganisation ist kompliziert. Viele Mitglieder sind aus der Partei ausgetreten. Das ist vor allem eine Folge des parteischädigenden Verhaltens ehemaliger Kader der Parteiführung.

Ohne zu reglementieren, sondern mit kameradschaftlicher Hilfe durch die Bezirksleitung und Kreisleitungen geht es um Demokratisierung der Parteiarbeit von unten nach oben. Es geht vor allem um inhaltliche Prämissen unserer Arbeit. Vieles ändert sich, hat sich schon geändert.

Entflechtung von Partei- und Staatsarbeit hat viele Konsequenzen für den Arbeitsstil der Bezirksleitung und setzt zugleich Potenzen frei, im wahrsten Sinne politische Arbeit sinnvoll zu organisieren. Alles muss überdacht und neu konzipiert werden – bis hin zu politischen Bildungs- und Strukturfragen. Das alles bedarf noch vieler Gespräche mit Genossen, Diskussionen in Arbeitskollektiven.

15. Zahlreiche Leserbriefe erreichten uns auch zur nächsten Frage:

Wird auch der Parteiapparat reduziert? Wenn ja, in welchen Größenordnungen?

Jede politische Partei braucht einen politischen Apparat. Wir gehen davon aus, dass der Inhalt der Parteiarbeit die Struktur bestimmt und nicht umgekehrt.

Wir sind für eine effektivere Arbeit des Parteiapparates. Und bis heute sind 32 Mitarbeiter [aus dem Apparat der Bezirksleitung] ausgeschieden.

16. Wie stehst du zum Neuen Forum und anderen politischen Bewegungen?

Aufgeschlossen im Sinne der Verständigung und des Meinungsstreits zu Fragen des sich erneuernden Sozialismus.

Aber es geht nicht nur um die Debatte und Forderungsprogramme. Es geht auch darum, Verantwortung gemeinsam zu tragen und zu verändern.

17. Wie gestaltet sich gegenwärtig die Zusammenarbeit unserer Partei mit den anderen Parteien und Massenorganisationen im demokratischen Block des Bezirkes?

Meine erste Teilnahme an der Beratung des demokratischen Blocks in der vergangenen Woche hat mir viele Erkenntnisse gebracht. Ich halte die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien und Massenorganisationen auf gleichberechtigter Basis für unumgänglich. Meinungsstreit schließt aber auch für uns Kommunisten die konsequente Verteidigung marxistisch-leninistischer Positionen ein.

Ermutigend für mich ist zum Beispiel der Standpunkt des Vorsitzenden des Bezirksverbandes der LDPD, Dr. Johannes Kney, dass er sich einen Sozialismus in der DDR ohne Kommunisten nicht vorstellen kann.

Dokumente

Dokument 1

Aus dem Bericht der BL Potsdam, Abteilung Parteiorgane an das ZK der SED, Sektor Parteiinformation über die politische Lage im Bezirk vom 10. Oktober 1989³¹

[...] Vorkommnis

Im VEB Elektroanlagen- und Schaltgerüstbau Sperenberg, Kreis Zossen, initiierte der parteilose Kämpfer der 110. Kampfgruppenhundertschaft und Haupttechnologe, Norbert Valentin, eine Unterschriftensammlung mit folgendem Text:

„An den Kommandeur der 110. Kampfgruppenhundertschaft, Genossen Otfried Klaua. Wir, die Unterzeichnenden, stellen mit großer Besorgnis fest, dass Einheiten der Kampfgruppen gegen Demonstranten innerhalb der DDR, das heißt, gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden. Wir erklären hiermit, dass wir bei einem diesbezüglichen Einsatz unserer Kampfgruppenhundertschaft nicht daran teilnehmen werden.“

Diese Erklärung haben 19 Kämpfer, darunter 3 Genossen, unterschrieben. 6 weitere angesprochene Kämpfer lehnten eine Unterschrift ab. [...]

Dokument 2

Aus dem Bericht der BL Potsdam, Abteilung Parteiorgane an das ZK der SED, Sektor Parteiinformation über die politische Lage im Bezirk vom 17. Oktober 1989³²

[...] Die Mehrheit der Bevölkerung begrüßt das Gespräch über die Erklärung des Politbüros des ZK³³, wobei aber ein nicht unbedeutender Teil Zweifel hegt, ob die gegenwärtige Parteiführung in der Lage ist, notwendige Veränderungen durchsetzen zu können.

Wie bereits mehrfach informiert, halten die Aktivitäten sogenannter oppositioneller Kräfte und kirchlicher Kreise zur Popularisierung der Ziele des „Neuen Forums“ an.

Es verstärkt sich der Druck zur Legalisierung des „Neuen Forums“ durch Unterschriftensammlungen, „offene Briefe“ und Eingaben an zentrale Dienststellen.

Gleichzeitig wird das Auftreten von Anhängern und Sympathisanten des „Neuen Forums“ in ihren Arbeitskollektiven aktiver.

In diesem Zusammenhang nehmen die Forderungen von Parteifunktionären und leitenden Kadern des Staatsapparates sowie der Massenorganisationen nach einer öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Anliegen des „Neuen Forums“ zu.

Unverständnis wird von vielen Genossen darüber geäußert, dass zu den Zielen des „Neuen Forums“ keine zentrale Parteinformation erfolgt.

Am 16. 10. 1989 fand unter Leitung des 1. Sekretärs der Kreisleitung Potsdam der SED³⁴ im Rat der Stadt ein Gespräch zwischen Repräsentanten des gesellschaftlichen Lebens der Stadt Potsdam und kirchlichen Amtsträgern sowie Vertretern verschiedener, gegenwärtig politisch

aktiver Gruppen statt.

Nach dem etwa zweistündigen Gespräch, das sich an der Politbüroerklärung vom 11. 10. 1989 orientierte und sie als Ausgangspunkt für einen breiten Dialog begrüßte, nutzten der 1. Sekretär der Kreisleitung, Genosse Heinz Vietze, Generalsuperintendent Bransch und Herr Meinel, Physiker und Erstunterzeichner des Gründungsaufrufes „Neues Forum“, die Möglichkeit, den Vertretern des Senders Potsdam und der Bezirkspresse ihre Eindrücke über das Gespräch mitzuteilen.

Mit dem Gespräch wurde ein Dialog begonnen, den alle Beteiligten begrüßten.

Sie vertraten einheitlich die Auffassung, dass diese Art des offenen Meinungsaustausches fortgesetzt werden sollte. Dazu unterbreitete der 1. Sekretär der Kreisleitung Potsdam der SED den Vorschlag, künftig den Dialog aus den kirchlichen Räumen in staatliche Einrichtungen, wie Kultur- und Klubhäuser, zu verlegen.

Es wurde vereinbart, dass die Gesprächsteilnehmer in Kürze einen Katalog von Fragen aufstellen, die in diesem Rahmen erörtert werden sollten.

Volle Übereinstimmung herrschte zum gewaltfreien Dialog und der Ablehnung von Straßenkrawallen.

Durch die Repräsentanten der Stadt wurde wiederholt hervorgehoben, dass der bevorstehende Informationsabend am 18. 10. 1989 in der Friedrichskirche in Babelsberg nicht zu Demonstrativhandlungen missbraucht werden darf. Dem wurde von anderen Teilnehmern zugestimmt.

In diesem Gespräch war zu erkennen, dass die Vertreter des „Neuen Forums“ gegenwärtig nicht gewillt sind, in die bestehenden Strukturen, z.B. der Nationalen Front der DDR, einzugehen, sondern eine Legalisierung des „Neuen Forums“ fordern. Das wurde durch unsere Genossen abgelehnt und betont, dass die Aussprache mit ihnen als Bürger der Stadt geführt wurde. Das wurde zur Kenntnis genommen, bewirkte aber keine Änderung in der Haltung der Betroffenen.

Herr Meinel erklärte, dass in Potsdam 1 500 und in der DDR 20 000 Unterschriften für die Legalisierung des „Neuen Forums“ vorlägen. Er bekannte sich nachdrücklich zum Sozialismus und zur Verfassung der DDR.

Das Gespräch war durch die SED-Kreisleitung einberufen, wurde vom 1. Sekretär der Kreisleitung geleitet und verlief in sachlicher, guter Atmosphäre.

Alle Beteiligten bedankten sich beim 1. Sekretär der Kreisleitung für das Gespräch und vereinbarten die Weiterführung.

Vorkommnis:

Die Kreisleitung Potsdam informierte darüber, dass am 13. 10. 1989 in der Mitgliederversammlung der Grundorganisation der SED des Hans-Otto-Theaters eine Resolution verabschiedet wurde, mit der die Genossen nach ihrer Auffassung zeigen wollen, dass sie sich am angebotenen Dialog des Politbüros beteiligen und Forderungen an die Parteiführung und Regierung haben.

In der Diskussion wurde die volle inhaltliche Hinwendung zu den Zielen des „Neuen Forums“ sichtbar. Die Resolution soll u.a. an das ZK der SED und das Ministerium für Kultur übermittelt werden.

Gefordert wurden in der Diskussion:

- Zugang zu den Medien für alle Bürger,
- Aufgabe des Führungsanspruchs durch die SED, sie soll als Regierungspartei abwählbar sein,
- Zulassung oppositioneller Gruppen bzw. Parteien,
- Reisefreiheit für alle,
- Kommunismus und Stalinismus müssen einander absolut ausschließen,
- keinerlei Gewaltanwendung gegen Demonstranten,
- personelle Veränderungen in Parteiführung und Regierung.

Gemeinsam mit der Kreisleitung Potsdam der SED haben wir alle erforderlichen Maßnahmen zur weiteren Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit am Hans-Otto-Theater beraten und eingeleitet.

Dokument 3

Aus dem Bericht der BL Potsdam, Abteilung Parteiorgane an das ZK der SED, Sektor Parteiinformation über die politische Lage im Bezirk vom 19. Oktober 1989³⁵

[...] Am Abend des 18. 10. 1989 fand in und an der Friedrichskirche in Potsdam-Babelsberg eine Veranstaltung mit (ca.) 4 000 Teilnehmern statt, die ohne Zwischenfälle verlief.

Der Versuch einer Demonstration, die inoffiziell angekündigt war, wurde nicht unternommen. Die in [der] Vorbereitung auf diese Veranstaltung mit der Kreisleitung Potsdam der SED abgestimmten und von ihr eingeleiteten politischen und sicherheitsorganisatorischen Maßnahmen haben sich als richtig und zweckmäßig erwiesen. So haben offizielle Vertreter der [KL der] Partei, des [Staates] und der Massenorganisationen, die während des Treffens am 16. 10. 1989 mit Vertretern des öffentlichen Lebens und der evangelischen Kirche im Potsdamer Rathaus ausgesprochene Einladung angenommen und die Gesprächsführung in der Kirche aktiv beeinflusst.

Sie wurden zu Beginn der Veranstaltung vorgestellt und mit Beifall begrüßt. Während der Gesprächsrunde traten sie zu den verschiedensten Fragen mit Argumenten auf und erhielten teilweise Beifallsbekundungen.

Darüber hinaus waren in und vor der Kirche insgesamt 250 Agitatoren im Einsatz, die sachkundig und einsatzfreudig auftraten.

Diese mit den entsprechenden Organen abgestimmte Herangehensweise zeigt, dass es möglich ist, den Dialog zu führen und parteiliche Positionen in die Diskussion einzubringen.

Wir müssen aber auch einschätzen, dass sich die Vertreter der evangelischen Kirche nicht an die beim Treffen im Potsdamer Rathaus selbst getroffenen Zusagen gehalten haben.

Ausdruck dafür ist:

1. Entgegen der Zusage vom 16. 10. 1989 nutzte [der] Pfarrer Flade die Möglichkeit, die vor der Kirche Wartenden über Megaphon für das „Neue Forum“ zu werben. Er verlas dazu [eine] Resolution und forderte [u.a.], dass die Partei und die Kampfgruppen aus den Betrieben raus müssten.

Der als Agitator eingesetzte Parteisekretär des VEB Geräte- und Regler-Werke „Wilhelm Pieck“ Teltow vertrat zu dieser Frage eine prinzipielle Position und fand bei einem Teil der Anwesenden Zustimmung. Während andere sich der Meinungsäußerung enthielten.

2. Der Pfarrer Flade rief die Bürger auf, am 19. 10. 1989 im Gemeindehaus durch die Abgabe ihrer Unterschrift die Legalisierung des „Neuen Forums“ zu unterstützen.

Damit hat er nicht, wie zugesichert war, beruhigend auf die Anwesenden Einfluss genommen, sondern sie zur aktiven Unterstützung des „Neuen Forums“ aufgewiegelt.

3. Obwohl die Vertreter der Kirche beim Gespräch im Rathaus erklärten, dass sie in Zukunft die Gotteshäuser wieder für die Andacht der Gläubigen nutzen werden und nicht für Aktivitäten der oppositionellen Kräfte zur Verfügung stellen [wollen], rief Pfarrer Flade zu einem erneuten Treffen am 1. 11. 1989 auf.

Durch das mit großer Einsatzbereitschaft koordinierte und zweckmäßige Handeln der [Volkspolizei und der anderen] Sicherheitskräfte sind Provokationen und Zwischenfälle verhindert worden.

Zur gleichen Zeit, als diese Veranstaltung in und vor der Kirche stattfand, führten Kader der Bezirks- und Kreisleitung sowie [weitere] leitende Kader Foren an der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“, dem Institut für Lehrerbildung „Rosa Luxemburg“, der Ingenieurschule für Bauwesen und Ingenieurpädagogik, der Hochschule für Film und Fernsehen der DDR, der Fachschule für Werbung und Gestaltung und der Fachschule für Gesundheits- und Sozialwesen „Prof. Dr. Karl Gelbke“ durch. [An diesen Foren nahmen ca. 1 000 Studenten teil.] Diese Foren erwiesen sich als wirksame politische Gegenmaßnahmen zur Veranstaltung in der Friedrichskirche in Babelsberg und verhinderten einen größeren Zustrom von Studenten zur Kirche.

Auf diesen Foren wurde jedoch auch sichtbar, dass dem Gegner in diesem Bereich bedeutende ideologische Einbrüche gelungen sind, die anwesenden Studenten sich ausnahmslos für das „Neue Forum“ interessierten und in der Mehrheit seine Zulassung für richtig halten würden.

Das steht zweifellos mit dem politischen Schwanken bzw. Verlassen parteilicher Positionen größerer Teile der Genossen in diesem Bereich im Zusammenhang. [...]

Dokument 4

Aus dem Bericht der BL Potsdam, Abteilung Parteiorgane an das ZK der SED, Sektor Parteiinformation über die politische Lage im Bezirk vom 24. Oktober 1989³⁶

Die eingeschlagene Wende der SED zur Politik der ausgestreckten Hand und des vertrauensmehrenden Dialogs wird in den Partei- und Arbeitskollektiven akzeptiert, aber immer mehr mit

Aufforderungen im Sinne der Brandenburger Stahlwerker während ihrer Aussprache mit dem 1. Sekretär der Bezirksleitung, Dr. Günther Jahn, verbunden, nicht nur zu reden, viele Redner auf den Plan zu rufen, sondern klare Vorstellungen und Konzeptionen zur Veränderung darzulegen, selbst konstruktive Vorschläge einzubringen und durch eigene gewissenhafte Arbeit zur Erfüllung aller Planaufgaben beizutragen. Das schließt mit ein, so Genossen und Kollegen, dass das bisher Erreichte, auf das viele unserer Bürger stolz sind, nicht zügellos zerredet wird.

In einer Vielzahl von Meinungsäußerungen kommen große Erwartungshaltungen von Genossen und parteilosen Werktätigen zum Ausdruck, dass zu all den bisher im Dialog angesprochenen und teilweise heftig und kontrovers diskutierten Problemen jetzt konkrete, schnelle und für die Menschen spürbare Veränderungen eingeleitet werden.

In den Kreisen Königs Wusterhausen und Luckenwalde verweisen Genossen aus Parteiorganisationen, so beispielsweise im VEB Schwermaschinenbau „Heinrich Rau“ Wildau und im VEB Wälzlagerwerk Luckenwalde, auf die Notwendigkeit, diesbezügliche Pressemitteilungen noch konkreter zu gestalten. Sie bemängelten die Information im „Neuen Deutschland“ vom 20. Oktober 1989, wonach der Ministerrat der DDR Sofortmaßnahmen, insbesondere zur Sicherung der Produktion und der Versorgung der Bevölkerung im IV. Quartal 1989 sowie des Plananlaufs 1990 traf, ohne dass bis heute bekannt gegeben wurde, worum es sich dabei im einzelnen handelt und was konkret verbessert werden soll.

Von der bevorstehenden 10. Tagung des ZK der SED werden Lösungsvorschläge mit kurz-, mittel- und langfristigem Charakter erwartet.

Auf Unverständnis stoßen unter Genossen, Gewerkschaftsfunktionären sowie bei zahlreichen Gewerkschaftsmitgliedern die Ausführungen des Genossen Harry Tisch, Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB, auf einer Begegnung mit Werktätigen im VEB Bergmann-Borsig Berlin. Werktätige aus den Rathenower Optischen Werken, dem VEB Kontaktbauelemente Luckenwalde, der Potsdamer Gaststättenorganisation HO und aus weiteren Potsdamer Betrieben wandten sich u.a. gegen seine Ausführungen, dass er nichts davon halte, wenn in Betrieben von einem „Dreiklang“, von schematischer Zusammenarbeit von Gewerkschaft, Betriebsleitung und Partei gesprochen werde. Gerade in diesem, in der Vergangenheit praktiziertem schöpferischen Miteinander, so wird vielfach hervorgehoben, lag der Garant unserer erfolgreichen Entwicklung, der auch künftig ausschlaggebend dafür sein wird, wie wir auf dem vom Politbüro in seiner Erklärung vorgezeichneten Weg zügig vorankommen werden.

Im Zusammenhang mit den Kritiken am Auftreten des Genossen Harry Tisch wird die Frage aufgeworfen, „ob die Gewerkschaft sich nun für die einzige Organisation hält, die angeblich keine Fehler in der Vergangenheit gemacht hat.“

Wie bereits mehrfach informiert, halten die Aktivitäten des „Neuen Forums“ und anderer sogenannter oppositioneller Kräfte und kirchlicher Kreise zur Popularisierung ihrer Forderungen und Ziele weiter an und wird der Druck zur Legalisierung durch „offene Briefe“, Unterschriftensammlungen, Resolutionen und Eingaben an staatliche Organe und Dienststellen größer.

In zahlreichen Grundorganisationen, vor allem in den Kreisen Brandenburg, Oranienburg,

Rathenow, Potsdam und Luckenwalde häufen sich kritische Bemerkungen zur Information Nr. 261 des Zentralkomitees „Zum ‚Neuen Forum‘ und zu anderen illegalen oppositionellen Gruppierungen in der DDR“.

In der gegenwärtigen, sich zuspitzenden Situation des Drängens nach offizieller [Aussetzung] durch die Gruppierungen, halten die Genossen diese Information in keiner Weise für ausreichend, um in einem politischen Dialog mit den Werktätigen überzeugend Rede und Antwort stehen zu können.

Genossen aus dem VEB Stahl- und Walzwerk „Wilhelm Florin“ Hennigsdorf und dem Chemiefaserwerk „Friedrich Engels“ Premnitz betrachten diese Information „nach alter Machart formuliert“, die ihnen in der politischen Arbeit nicht weiterhilft.

Es wird eine klare und eindeutige Antwort erwartet, wie diese Entwicklungstendenzen zu beurteilen bzw. einzuschätzen sind und wie dazu der Standpunkt unserer Partei- und Staatsführung ist. [Das bezieht sich insbesondere auf die Anerkennung des „Neuen Forum“.]

Zu den angekündigten Möglichkeiten der Rückkehr ehemaliger DDR-Bürger aus der BRD in ihre Heimat durch den Konsul in der Ständigen Vertretung der DDR in der BRD in Bonn, Günter Lampat, gibt es in den Partei- und Arbeitskollektiven unterschiedliche Haltungen und Standpunkte. Wenn auch eine solche Regelung im wesentlichen akzeptiert wird, äußern zahlreiche Genossen und parteilose Werktätige ihr Unverständnis zur Sprechererklärung, dass allen [, die zurück wollen, der Weg offen steht und dass ihnen] jegliche materielle und finanzielle Hilfe und Unterstützung zugesagt wurde. Es wird die Frage aufgeworfen, „wie das konkret zu verstehen ist und ob das auf Kosten der „Hier Gebliebenen praktiziert werden soll“.

Im VEB IFA-Getriebewerk Brandenburg, im VEB Kaltwalzwerk Oranienburg und im VEB Bau- und Montagekombinat Ost, Betriebsteil Brandenburg, vertreten zum Beispiel die Kollegen die Auffassung, dass „man denen wieder Zucker in den Hintern stecken würde“ und „dass diese Leute, wenn ihnen wieder etwas nicht passt, erneut abhauen und uns ständig in Bewegung halten“.

Eine breite Resonanz unter den Werktätigen findet das Auftreten leitender Partei- und örtlicher Staatsfunktionäre und ihre Bereitschaft zum offenen, sachlichen und konstruktiven Dialog mit Bürgern vielerorts, besonders in Berlin, Leipzig, Dresden, Plauen, Potsdam und Schwerin. [Von vielen Genossen und Kollegen wird das große öffentliche Engagement der Mitglieder des Politbüros gewürdigt.]

Zunehmend wird dagegen in den Arbeitersprachen in Betrieben der Kreise Rathenow, Oranienburg, Luckenwalde und Nauen kritisiert, dass der Ministerrat der DDR sich nicht äußert, Minister [kaum zu Wort kommen], wobei diese Diskussion verbunden ist mit der Frage nach der Wirksamkeit des Ministerrates überhaupt.

[Als Reaktion auf die von westlichen Rundfunk- und Fernsehstationen verbreitete Meldung am 23. 10. 1989 über die angebliche Bildung einer unabhängigen Gewerkschaft „Reform“ in den Geräte- und Regler-Werken „Wilhelm Pieck“ Teltow wurde veranlasst, dass am 24. 10. 1989 und 25. 10. 1989 mit allen Gewerkschaftsvertrauensleuten auf APO-Basis persönliche Gespräche geführt werden. Die APO-Sekretäre und AGL-Vorsitzenden sowie die Fachdirektion

wurden dazu am 23. 10. 1989, um 16.00 Uhr angeleitet. Die Kreisleitung Potsdam der SED gibt der Betriebsparteiorganisation im GRW operative politische Hilfe und Unterstützung.]³⁷
[...]

Dokument 5

*Offener Brief der Mitglieder und Kandidaten der SED-Grundorganisation der Hochschule für Film und Fernsehen der DDR „Konrad Wolf“ in Potsdam-Babelsberg an die Mitglieder des ZK vom 30. Oktober 1989*³⁸

Werte Genossinnen und Genossen!

Angesichts der Tatsache, dass der Einfluss der Partei unter den Massen in gefährlicher Weise gesunken ist und sich die Massenbasis außerhalb unserer Partei stehender, darunter auch antisozialistischer Kräfte in schnellem Tempo erweitert:

- die Partei schnellstens mit einem von der ganzen Partei akzeptierten und unterstützten Programm der radikalen Erneuerung sowohl der Gesellschaft als auch der Partei selbst vor die Öffentlichkeit treten muss, das die Chance bietet, das Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen;
- die Partei auf allen Ebenen ihre Glaubwürdigkeit und die Fähigkeit zur Führung der gesellschaftlichen Prozesse wiedererlangen muss;
- die bisherige Festlegung des Termins für den XII. Parteitag die Gefahr in sich birgt, zu spät auf die Herausforderung zur Sicherung einer sozialistischen Gesellschaftsperspektive in der DDR zu reagieren, fordern wir, schnellstmöglich einen Außerordentlichen Parteitag einzuberufen und die Wahlen für die Leitungen der Bezirks-, Kreis- und Grundorganisationen nach diesem Parteitag und auf der Grundlage seiner Beschlüsse durchzuführen;
- den Wahlmodus für die Delegierten zum Parteitag so zu ändern, dass alle Delegierten direkt in den Mitgliederversammlungen großer Grundorganisationen bzw. in gemeinsamen Versammlungen kleiner Grundorganisationen auf alternativer Grundlage gewählt werden, wobei alle Grundorganisationen das Recht erhalten müssen, Kandidatenvorschläge einzubringen.

Wir fordern daher das ZK auf, einen neuen Beschluss über die Wahlordnung zu fassen.

- In Vorbereitung des Parteitages eine allgemeine Parteidiskussion über die Hauptziele, Wege und Maßnahmen der Erneuerung von Partei und Gesellschaft durchzuführen, wobei alle unterschiedlichen Vorschläge, Standpunkte und Plattformen durch die Parteipresse zu veröffentlichen sind.

Dokument 6

*Offener Brief der Parteileitungsmitglieder und der staatlichen Leitung der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft, Potsdam-Babelsberg an das ZK der SED vom November 1989*³⁹

Die Einberufung eines SED-Sonderparteitages noch in diesem Jahr haben die führenden Ver-

treter der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Potsdam-Babelsberg von der Mittwoch beginnenden 10. ZK-Tagung gefordert. Die Delegierten dieses Parteitagcs müssten direkt durch die Grundorganisationen gewählt werden, heißt es in einem Offenen Brief der Parteileitungsmittglieder und der staatlichen Leitung der Akademie an die Mitglieder und Kandidaten des ZK der SED. Laut diesem Dokument, das ADN zur Veröffentlichung übergeben wurde, müssten die Delegierten des Sonderparteitags „mit inhaltlichen Mandaten für die Verabschiedung eines Aktionsprogramms und zu Kaderfragen ausgestattet sein sowie für die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms und eines neuen Parteistatuts, die dem nächsten ordentlichen Parteitag vorzulegen sind“.

Die 10. ZK-Tagung habe zu prüfen, welche Mitglieder und Kandidaten des ZK, die in exponierten Leitungspositionen der Partei und des Staates tätig sind, „ihre politische Verantwortung nicht wahrgenommen, ihre Macht und ihren Einfluss missbraucht und sich dadurch diskreditiert haben“. Ferner sei es erforderlich, dass das ZK von allen Mitgliedern des Politbüros persönlich Rechenschaft verlangt über ihre Mitverantwortung „für die eingetretene Krise in der Gesellschaft und in der Partei“. Die SED bleibe im gesellschaftlichen Dialog unglaubwürdig, „wenn auf der obersten Führungsebene der Partei weiter Genossen agieren, die sich eindeutig opportunistisch verhalten haben und verhalten.“

In dem Brief wird davon ausgegangen, dass sich die Lage in der DDR von Tag zu Tag zuspitzt. „Zunehmend mehr Genossen, auch wir, verlangen eine Erneuerung der sozialistischen DDR und nicht nur eine Wende“, heißt es. Öffentliche Bekundungen für die Erneuerung der Gesellschaft gerieten immer mehr zugleich zu einem „öffentlichen Votum gegen die SED“, was für den Bestand der Grundlagen der sozialistischen Ordnung gefährlich sei. „Wir müssen klar sagen“, wird betont, „dass die Verantwortung für diese Situation ausschließlich beim Politbüro und Zentralkomitee unserer Partei liegt. Das jahrelange ignorante und arrogante Verhalten der Parteiführung selbst zu zurückhaltender und besonnener Kritik hat die Krise provoziert.“ Die Partei, insbesondere ihre Führung, müsse, anstatt eine „Nachtrabpolitik“ zu betreiben, Vorhut des Umgestaltungsprozesses sein. Der Zustand, anderen die Initiative zu überlassen, sei unhaltbar. „Wenn wir ihn nicht schnellstens überwinden, wird die Partei selbst von der Masse der Mitglieder in Frage gestellt“, wird in dem offenen Brief der Babelsberger Akademie betont.

Dokument 7

Aus dem Bericht der BL Potsdam, Abteilung Parteiorgane an das ZK der SED, Sektor Parteiinformation über die politische Lage im Bezirk vom 1. November 1989⁴⁰

[...] Mit Unverständnis, Enttäuschung und großer Empörung haben die Werktätigen aus allen Bereichen unseres Bezirkes die Entscheidung des FDGB-Bundesvorstandes zur Vertagung der 10. Bundesvorstandssitzung und der Nichtrealisierung ihrer Hauptforderung nach Rücktritt des Genossen Harry Tisch vernommen.

In zahlreichen Stellungnahmen, Informationen und persönlichen Standpunkten aus Kreis-

parteioorganisationen, Kreisvorständen und anderen gewerkschaftlichen Gliederungen wird deutlich, dass diese Haltung des Bundesvorstandes dem zunehmenden Vertrauensschwund der Gewerkschaft unter den Werktätigen Vorschub geleistet hat.

In einem Telegramm der gesamten Belegschaft des VEB Kaltwalzwerk Oranienburg an den Bundesvorstand des FDGB wurden sofortige Veränderungen an dessen Spitze gefordert. Weitere Genossen, Gewerkschaftsfunktionäre und Mitglieder, so zum Beispiel aus dem VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg, IFA-Getriebewerk Brandenburg, Geräte- und Regler-Werke „Wilhelm Pieck“ Teltow, Märkische Möbelwerke Trebbin, Zahnradwerk Pritzwalk, Landmaschinenbau Falkensee, Chemiefaserwerk „Friedrich Engels“ Premnitz, aus dem Staatsapparat sowie aus Einrichtungen der Volksbildung und des Gesundheitswesens brachten ihren Unmut durch folgende Äußerungen zum Ausdruck:

- Nach der 10. Bundesvorstandssitzung hat sich die Situation zunehmend verschlechtert, Streikdrohungen nehmen zu, es zählt jetzt jeder Tag!
- Kennt der Bundesvorstand eigentlich die Lage?
Das Präsidium hätte am 30. Oktober geschlossen zurücktreten müssen.
- Wir haben mit der Tagung des Bundesvorstandes unser Gesicht endgültig verloren. Es wird damit die Schaffung oppositioneller Gewerkschaften gefördert.
- Wir fühlen uns vom Bundesvorstand verlassen.
Wir sind im Kreis nicht ratlos, aber offensichtlich ist es der Bundesvorstand.
- Wenn nicht sofort zentrale Entscheidungen getroffen werden, dann laufen uns die Mitglieder und auch die Funktionäre weg.
- Mit dieser falschen Entscheidung hat der Bundesvorstand dem Klassegegner Zeit eingeräumt, die Gewerkschaften zu spalten.
- Wir kämpfen darum, dass unsere Gewerkschaft nicht in Staub und Asche zerfällt, aber was sich im Bundesvorstand abgespielt hat, ist kein Kompromiss, sondern eine Schweinerei.
- Begreifen der Bundesvorstand und sein Präsidium denn immer noch nicht, dass in dieser Situation Zeitverzug gleich Machtverlust ist?

Als erste spontane Reaktion auf die Vertagung der Bundesvorstandssitzung kam es in einer Reihe von Kreisen des Bezirks, so unter anderem in Kyritz, Königs Wusterhausen, Rathenow und Potsdam zu Austritten bzw. zur Ankündigung von Austritten aus der Gewerkschaft.

Allein im Betriebsteil Bau des Wohnungsbaukombinat Potsdam traten 8 Mitglieder aus. Darüber hinaus kündigten Werktätige in zahlreichen Betrieben die Verweigerung der Beitragszahlung an.

Im VEB Geräte- und Regler-Werke „Wilhelm Pieck“ Teltow wurde am 31. Oktober 1989 an einer Wandzeitung eine von fünf Kollegen unterschriebene Erklärung angebracht, in der bezugnehmend auf die Vertagung der Abstimmung über die Vertrauensfrage zum Genossen Harry Tisch im Bundesvorstand des FDGB erneut die Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft „Reform“ in diesem Betrieb gefordert wird. Die Unterzeichner gehören dem Bereich Projektierung und Absatz des Werkes an.

Gewerkschaftsmitglieder des gleichen Bereiches haben neben der angebrachten Erklärung eine Stellungnahme geheftet, in der sie sich von der Forderung distanzieren und zugleich vom Bundesvorstand des FDGB umgehend Entscheidungen gefordert werden, um weiteren Aktivitäten zur Gründung einer alternativen Gewerkschaft sowie angekündigten Austritten aus dem FDGB entgegenzuwirken.

Ein Fernschreiben dazu an den Bundesvorstand wurde auf einer Zusammenkunft der Betriebsgewerkschaftsleitung mit den AGL-Vorsitzenden erarbeitet.

Die in den DDR-Medien am Abend des 31. Oktober 1989 angekündigte Fortsetzung der 10. Bundesvorstandssitzung des FDGB am 02. November 1989 führte in Betrieben mit Schichtsystem zur Beruhigung der noch am Tage sehr angespannten Situation.

Vor allem Genossen und Gewerkschaftsfunktionäre traten in ihren Arbeitskollektiven auf, werteten den vorgesehenen Rücktritt des Genossen Harry Tisch als Schritt in die richtige Richtung und mahnten zur Besonnenheit.

Mitglieder der Gewerkschaft stellten jedoch die Frage, ob es erst des eingetretenen großen politischen Schadens und unnötigen Vertrauensverlustes bedurfte, um eine längst fällige Entscheidung zu treffen.

Am 31. Oktober 1989 führte das Mitglied des Zentralkomitees der SED, Günther Jahn, 1. Sekretär der Bezirksleitung Potsdam, ein Forum mit 300 Angehörigen von Bereitschaften der Volkspolizei durch. In dem offenen, freimütigen und vertrauensvollen Gedankenaustausch über aktuelle Fragen der Politik der Partei und der gesellschaftlichen Entwicklung bekundeten die Genossen Anwärter, Meister und Offiziere der Volkspolizei ihren festen Willen, mit hoher Einsatzbereitschaft und revolutionärer Wachsamkeit die Errungenschaften des Sozialismus zuverlässig zu schützen.

Gleichzeitig bekräftigten sie den vom Generalsekretär des ZK der SED, Genossen Egon Krenz, auf der 9. Tagung formulierten Standpunkt, dass politische Fragen nur mit politischen Mitteln gelöst werden können.

Entschieden wendeten sich viele Diskussionsredner gegen die Darstellung der Rolle und Verantwortung unserer Schutz- und Sicherheitsorgane in den Massenmedien. Die Medien würden damit nicht dazu beitragen, das Vertrauen der Bevölkerung in den verfassungsmäßigen Auftrag dieser Organe zu festigen, sondern sie zahlreichen, oftmals beleidigenden Angriffen aussetzen.

Die Genossen brachten zum Ausdruck, dass die Verwendung des Begriffes „Polizei“ in unseren Medien eine Gleichstellung ihres Klassenauftrages mit den Aufgaben und dem Auftreten bürgerlicher Exekutivgewalt bedeute. Dagegen verwahren sie sich entschieden.

Darüber hinaus äußerten die Genossen ihr Unverständnis darüber, dass der Polizeipräsident von Berlin sich wiederholt öffentlich für angebliche Übergriffe von Angehörigen der Volkspolizei entschuldigt hat. Wer, so wurde mehrfach die Frage gestellt, entschuldige sich denn öffentlich bei den Volkspolizisten, die bei den Ausschreitungen verletzt wurden. Auf diese Fragen antwortete der 1. Sekretär der Bezirksleitung, dass gerade im Bezirk Potsdam das insgesamt verantwortungsbewusste und besonnene Handeln der Schutz- und Sicherheitsorgane

entschieden dazu beigetragen habe, nicht wiedergutzumachenden Schaden abzuwenden. Das verdiene den Dank und die Anerkennung der Partei und sei Ausdruck der vollen Übereinstimmung zwischen Partei, Volk und den Polizisten des Volkes.

Am 30. Oktober 1989 besuchten ca. 400 Bürger die Montagsveranstaltung gegen 19.00 Uhr in der Lindower Kirche, Kreis Neuruppin. Im Anschluss daran nahmen ca. 300 Personen an einem Schweigemarsch teil. Dabei wurden Kerzen getragen und ein Transparent mitgeführt: „Erich ist weg, Egon kann gehen, wir wollen freie Wahlen sehen!“ Zum Abschluss des Marsches wurden die Kerzen vor dem Rat der Stadt abgestellt und danach durch den Pfarrer wieder eingesammelt.

Am 31. Oktober 1989 um 20.00 Uhr führte die Evangelische Kirche in Putlitz, Kreis Pritzwalk, eine Veranstaltung anlässlich des Reformationstages durch. Daran nahmen 900 Personen teil. Etwa 50 % der Teilnehmer reisten mit ca. 200 PKW an. Das Wort zu Ausführungen nahmen insbesondere auswärtige Bürger.

Gegen 22.30 Uhr wurde die Zusammenkunft ohne weitere Vorkommnisse beendet.

Dokument 8

Aus dem Bericht der BL Potsdam, Abteilung Parteiorgane an das ZK der SED, Sektor Parteiinformation über die politische Lage im Bezirk vom 3. November 1989⁴¹

Der umfassende politische Dialog mit den Werktätigen ist von einer breiten Palette des aktuell-politischen Geschehens auf innenpolitischem Gebiet gekennzeichnet. Dabei wird immer deutlicher spürbar, dass der Meinungs- und Gedankenaustausch auf allen Ebenen an Schärfe zunimmt und teilweise eine spannungsgeladene Atmosphäre erzeugt.

Dem Auftreten der Dialogpartner ist es zu verdanken, dass [der größte Teil] der Gespräche und Foren dennoch mit Sorgfalt und Sachlichkeit zu Ende geführt [wird].

In ersten Meinungsäußerungen begrüßen Gewerkschaftsmitglieder die erfolgte Entscheidung des Bundesvorstandes des FDGB zur Abberufung des Genossen Harry Tisch und die Wahl der Genossin Annelis Kimmel als neue Vorsitzende. Sie bewerten es als Beendigung eines unvertretbaren Zustandes in der Führungsspitze des FDGB. Zur Person der Genossin Kimmel werden keine Äußerungen gemacht, da sie den meisten unbekannt ist.

Die Werktätigen erwarten jetzt Führungsentscheidungen, die die Gewerkschaftsarbeit künftig auf die Aufgaben und Erfordernisse der Wende, wie sie die 9. Tagung des Zentralkomitees begründete, einstellt und dem Verlangen der Gewerkschafter damit weitgehend entspricht.

Die gegenwärtige Situation ist dadurch gekennzeichnet, dass sich die Angriffe auf die führende Rolle der SED und die Staats- und Sicherheitsorgane verstärken und gleichzeitig die Aktivitäten des „Neuen Forums“ auf Legalisierung ständig größer werden.

Öffentliche Angriffe auf leitende Funktionäre des Partei- und Staatsapparates der örtlichen und kreislichen Ebenen haben besonders in den letzten Stunden ein unerträgliches Maß angenommen. Verleumderische Forderungen werden erhoben, damit Genossen ihren Rücktritt erklären sollen.

Es ist unverkennbar, dass ausgehend von Veröffentlichungen in unseren Medien zu ungesetzlichen Bereicherungen von Funktionären und leitenden Kadern, wie z.B. im Falle des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralvorstandes der IG Metall, Genossen Gerhard Nennstiel, und der Fernsehsendung „Prisma“ vom 26. 10. 1989, in zum Teil gehässigen und hämischen Diskussionen die Gerüchte zu den Privilegien leitender Kader zunehmen.

Werk­tätige reagieren darauf auch mit Austritten aus dem FDGB, wie z.B. 100 Kollegen aus 4 Abteilungen des VEB Stahl- und Walzwerkes „Wilhelm Florin“ Hennigsdorf, in denen Genosse Nennstiel anlässlich des Plananlaufes 1989 war.

Unsere Genossen sind kaum noch in der Lage, vorgebrachte Verdächtigungen im konkreten Einzelfall zu entkräften und fühlen sich zunehmend an die Wand gespielt und selbst verunsichert.

Einzelne Funktionäre äußern den Gedanken, ihre Funktion niederzulegen, da sie sich dem Druck von unten nicht mehr gewachsen fühlen.

Das öffentliche Auftreten des Genossen Egon Krenz findet zunehmend positive Beurteilung. Jedoch stößt die anhaltende Schweigsamkeit der Regierung und vieler Ministerien auf zunehmendes Unverständnis. Genossen und Werk­tätige in den Betrieben erwarten, dass Mitarbeiter der Ministerien und der Fachabteilungen des Zentralkomitees sich den Diskussionen in den Arbeitskollektiven stellen.

Große Erwartungen werden in die Beschlüsse der 10.Tagung des Zentralkomitees gesetzt. Mit diesen Beschlüssen muss endlich das Aktionsprogramm der Partei für die Politik der Wende und der Erneuerung des Sozialismus in der DDR vorliegen.

Noch immer herrscht bei vielen Werk­tätigen die Meinung vor, dass nicht die Partei, sondern Aktionen auf der Straße die Wende in der DDR eingeleitet haben.

Verstärkt stellten Genossen auch Fragen nach einer Orientierung für die Weiterführung des Parteilehrjahres und für präzisier­te inhaltliche Schwerpunkte zur Unterrichtsgestaltung in den Lehrgängen der Bezirksparteischule.

Bei einer Veranstaltung im Saal der Musikschule Neuruppin, an der 50 Vertreter der Kirche bzw. der Kirche Nahestehende und 50 Vertreter des demokratischen Blocks und des Staatsapparates teilnahmen, kam es zu einer Ansammlung von ca. 1 200 Bürgern vor der Musikschule. Sie verfolgten den im Saal stattfindenden Dialog über Lautsprecher und kommentierten ihn mit Zustimmungsrufen, Pfiffen und Buhrufen. [...]

Dokument 9

Aus der Erklärung Günther Jahns zu Beginn der 17. Tagung der SED-Bezirksleitung Potsdam am 15. November 1989⁴²

[...] Offensichtlich ist das Vertrauen in das gegenwärtige Zentralkomitee nicht gegeben. Die innerparteiliche Demokratie hat sich aber auf die Parteibasis zu gründen. Die anhaltende Vertrauenskrise in das Zentralkomitee schlägt in drastischer Weise auf allen Ebenen, besonders auch auf das Sekretariat der Bezirksleitung durch. Ganze Teile der Parteiorgane in den

Kreisen sind nicht mehr funktionsfähig. Die Mitgliedschaft reduziert sich weiter und die Genossen sind zerstritten. Wir müssen schnell und entschlossen handeln. Die Partei ist in Gefahr! ...

Es gibt unüberhörbare Unzufriedenheit der Parteibasis mit der Führung unserer SED-Bezirksparteiorganisation durch das Sekretariat der Bezirksleitung. Diese tiefe Vertrauenskrise gebietet Kaderveränderungen. Um diese notwendigen Kaderveränderungen konsequent zu vollziehen, hat unser Sekretariat einstimmig beschlossen, der Bezirksleitung seinen Rücktritt als Kollektiv zu erklären. Damit geben wir der Bezirksleitung die Möglichkeit zur Neuwahl ihres Sekretariats...

Auch ohne diese Entscheidung des gesamten Sekretariatskollektivs hätte ich selbst gebeten, mich von der Funktion des 1. Sekretärs der Bezirksleitung zu entbinden.

An die Spitze unserer Bezirksleitung gehört ein Genosse, der sowohl in den Grundorganisationen unserer Partei über Autorität verfügt, aber auch als dialogfreudiger Partner bei den neuen politischen Vereinigungen Achtung besitzt, um den Konsens mit ihnen zu suchen und zu finden. Unsere Bezirksleitung braucht einen 1. Sekretär, mit dem unsere Bezirksparteiorganisation ihren Beitrag in eine breite Bewegung einbringt, die alle gesellschaftlichen Kräfte auf gleichberechtigter Grundlage zum Dialog und zur Mitverantwortung für den erneuerten Sozialismus einbezieht. Ein solcher 1. Bezirkssekretär wäre unser Genosse Heinz Vietze. Die zurückliegenden Wochen haben bewiesen, dass Genosse Heinz Vietze die Zeichen der Zeit beherzt aufgreift und die Schritte zur Erneuerung entschlossen geht...

Damit Ihr keinen falschen Eindruck von unserer Rolle in den letzten Wochen erhaltet, ist es sinnvoll und zweckmäßig, Euch über meine persönlichen Initiativen zur Einleitung der oft zitierten Wende zu informieren.

Unser Bezirksparteiarchiv dokumentiert, dass die von mir unterschriebenen Monatsinformationen wahrhaftig nicht nur Jubelpapiere, sondern Berichte einer insgesamt verantwortungsbewussten Lageeinschätzung waren. Als die Sprachlosigkeit unseres Politbüros unerträglich wurde, schickte ich am 3. Oktober dem damaligen Generalsekretär ein dringendes Fernschreiben. Ich wies mit Nachdruck darauf hin, dass vor, während und nach dem 40. Jahrestag der DDR mit größeren Demonstrationen der Bevölkerung zu rechnen sei und dass nunmehr alles vom Charakter seiner Rede auf der Festveranstaltung zum 40. Jahrestag der DDR abhinge...

Noch am 3. Oktober fand eine Beratung des ehemaligen Sekretariats des ZK mit den damaligen 1. Sekretären der Bezirksleitungen statt, auf der zwar mein Fernschreiben verlesen, jedoch lediglich mit abwertender Kritik an unserem Bezirk aus Informationsquellen von Günter Mittag zurückgewiesen wurde.

Am 12. Oktober fand eine Beratung des Politbüros mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen statt, auf der ich – Auge in Auge mit dem damaligen Generalsekretär – diesen aufforderte, aufgrund der offenbaren Führungsschwäche des Politbüros zurückzutreten. Mich unterstützten weitere 1. Bezirkssekretäre aus den Reihen derer, die nicht im Politbüro vertreten waren. In dieser Beratung reagierte Genosse Erich Honecker äußerst gereizt, und ich musste mir

zum vierten Male anhören, dass ich mich nicht um die politische Gesamtlage zu sorgen bräuchte, sondern um die Gemüseversorgung in Stahnsdorf und um die Warenbelieferung in Hennigsdorf zu kümmern hätte. In dieser Beratung forderte ich entschieden die schnellstmögliche Einberufung des 9. ZK-Plenums mit der Tagesordnung zur Einschätzung der Krisensituation, anstatt des (mündlich vorangekündigten) ZK-Plenums mit dem Vorschlag einer lebensfremden Tagesordnung zur Vorbereitung des XII. Parteitages...

Am 17. Oktober erhielt ich die schriftliche Einladung zum 9. Plenum mit der (immer noch) abwegigen Tagesordnung zur Vorbereitung des XII. Parteitages und [dem] unakzeptablen Termin 15. November ... Erhielt ich die Einladung für das von uns geforderte Plenum mit dem vorgezogenen Termin am 18. Oktober. Das war bekanntlich die entscheidende ZK-Tagung, auf der Genosse Erich Honecker abberufen und Genosse Egon Krenz zum Generalsekretär des Zentralkomitees gewählt wurde...

Als Mitglied der Redaktionskommission arbeitete ich mit am Aktionsprogramm, mit dem unsere SED neu denken und laufen lernte. Als Mitglied des Zentralkomitees beschloss ich mit die ersten aller Schritte zur Erneuerung. [...]

Im Anschluss an diese Erklärung beschloss die Bezirksleitung einstimmig den Rücktritt des Sekretariats der Bezirksleitung und wählte Heinz Vietze zum 1. Sekretär.

Dokument 10

Aus der Rede Heinz Vietzes auf der 17. Tagung der Bezirksleitung der SED Potsdam am 15. November 1989⁴³

[...] [Erkläre ich] meine Bereitschaft, in der Funktion als 1. Sekretär dieser, unserer Bezirksleitung Potsdam dafür zu wirken, dass unsere Partei sich festigt, einen Kurs der Erneuerung erfolgreich in Angriff nimmt und natürlich damit der Erwartungshaltung der Mitglieder unserer Bezirksparteiorganisation entspricht.

Ich weiß sehr wohl, dass dieser Anspruch gegenwärtig außerordentlich schwer zu erfüllen ist. Es sind nicht nur Formulierungen, die uns schwer über die Lippen gehen, es ist wirklich so – es geht um die Existenz unserer Partei und im Zusammenhang mit der Existenz unserer Partei auch um die Existenz des Sozialismus in unserem Land...

Nach wie vor sind wir mit einer Situation konfrontiert, dass die Ereignisse uns treiben und die Beschlussfassung diktieren...

Wenn wir über eine Wende sprechen, [aber] den [gleichen] Stil beibehalten [und sagen] nun seht, wie ihr damit klarkommt. Das geht einfach nicht mehr und hier muss ich sagen, diesen Anspruch an Führungsqualität müssen wir uns erarbeiten. Unsere Beschlüsse können nicht nur umgesetzt werden mit dem Anspruch der Disziplin, sondern unsere Beschlüsse müssen demokratisch erarbeitet werden. Wir müssen ganz einfach unsere Kenntnis, unsere Position, die Auffassungen von unseren Mitgliedern und Bürgern einbringen in das, was die Grundlage ist für die Gestaltung dieser Gesellschaft ...

In unserer Partei sind Genossen, Kämpfer, und wir sind eine Arbeiterklasse – eine Arbeiter-

partei, die einer Klasse besonders verpflichtet ist. Und das ist der gewichtigste Anspruch. Aber wir sind auch eine Partei, die ihre führende Rolle in allen gesellschaftlichen Bereichen verwirklicht. Demzufolge sind auch in allen gesellschaftlichen Bereichen Kommunisten tätig, die die führende Rolle ja umsetzen mit ihrem politischen Wirken...

Genossen, ich glaube, es ist ein riesengroßer politischer Anspruch dieser Zeit, dass wir diskutieren müssen, die unterschiedlichsten Auffassungen aussprechen müssen, aber wir müssen dafür Sorge tragen, dass unsere Partei ein einheitlich handelndes Kampfkollektiv wird. Davon sind wir gegenwärtig weit entfernt. Und genauso weit entfernt sind wir von einer gegenseitigen Akzeptanz in Bezug auf politische Bekenntnisse der Bürger. Wir müssen alles unternehmen, um gemeinsam Verantwortung wahrzunehmen. Natürlich, das weiß ich wohl, gibt es nicht nur bei einigen Bürgerinitiativen auch Kräfte, die im gegnerischen Sinne wirken. Ich glaube, so manche Mitgliederversammlung der Partei hat uns auch ernüchtert mit Blick auf die politische Moral unserer eigenen Mitkämpfer und Mitstreiter. Denn so manche Diskussionsrunde haben wir nicht verloren durch [die] vom „Neuen Forum“..., sondern den haben wir verloren mit dem Dolchstoß in den Rücken des eigenen bisherigen Mitkämpfers. Das muss bei bitterer Wahrheit ausgesprochen werden. Wir können nur gewinnen, wenn wir die Auseinandersetzung mit allen führen und natürlich beginnend im Kollektiv unserer Partei...

Wir müssen wieder... unsere Partei formieren; von einer konkreten Lageeinschätzung ausgehend müssen wir sehen, wie diese Partei zerrüttet ist. Wie tief sitzt der Schmerz bei vielen Genossen und [das] ist verständlich.

Ich habe gestern die Anleitung der Parteisekretäre, der Potsdamer Genossen der Industrie und des Bauwesens gemacht, der Landwirtschaft, 400. Das sind die Genossen, die Tausende Stunden ehrenamtlicher Parteiarbeit geleistet haben, tagsüber aufopferungsvoll ihre Pflichten im Betrieb, in der Genossenschaft erfüllten, und dann Parteiarbeit leisten, im Betrieb, im Wohngebiet, unermüdlich wirken und die gegenwärtig den ganzen Druck der Anfeindung unserer Partei auszuhalten haben. Die Genossen verdienen unsere größte Hochachtung (Beifall) und ich sage, mir wäre wohler ums Herz, wenn jene – auch in Berlin – und vor allen Dingen dort, zurückgetreten sind und sich bisher noch nicht öffentlich verantwortet haben, einmal das erlebt hätten, was jedem widerfährt, dem öffentlich in einer solchen Diskussion die Rechnung aufgemacht wird. (Beifall)

Wer sich dort durchgesetzt hat, wer dort das Maß an Kraft aufgebracht hat zu gestehen, ehrlich, kämpferisch sich zu dem bekannte, wo seine persönliche Verantwortung liegt, der wurde auch an dieser Stelle akzeptiert. Und wer auf sachliche Fragen sachliche Antworten wusste. Und wer auch emotional manchmal Überzogenes nicht mit gleichem heimzahlte, weil die Verärgerung auf der anderen Seite manchmal auch verständlich war, der hat möglicherweise für diese unsere Partei in dieser Situation mehr getan als manch anderer... aber in einer solchen Periode wie in der Zeit seit der 9. Tagung unseres Zentralkomitees habe ich den Apparat der Partei, des Zentralkomitees vermisst, habe ich die Genossen Sekretäre des Zentralkomitees nicht gesehen, und sage ich auch, ein Teil derer, die heute im Politbüro sind, sie haben sich in dieser Zeit im offenen freimütigen Dialog keineswegs dem gestellt, was notwen-

dig ist, um Autorität dieser Partei zu erarbeiten (Beifall) und deshalb ist auch der Anspruch, einen Sonderparteitag durchzuführen, keiner, wo man jemanden Misstrauen aussprechen will, sondern wo man ganz einfach klären will, wer hat in dieser Situation bestanden vor seiner Partei und diesem Volk und wer hat gekniffen, ist leichtfertig zurückgetreten oder hat anderes getan und ist ursächlich für diese Situation, in der wir uns befinden, sogar noch verantwortlich...

Wenn ich davon ausgehe, dass es natürlich die logische Konsequenz im Klassenkampf ist, dass der Gegner unsere Schwächen aufgreift, dass er uns dort angreift, wo wir verletzbar sind, unsere Schwächen zeigen, wenn wir auf die gleichen Schwächen, die wir haben, bei anderen stoßen, keineswegs in feindlicher Absicht, sondern einfach, weil sie sehen, dass das nicht gut ist, diese Entwicklung sich nicht als günstig erweist, man etwas tun muss, um an dieser Stelle zu verändern, dann haben wir [uns] zu schnell jene, die etwas verändern wollten, zum Feind gemacht. Und jenes offene Wort erwarte ich noch. Es ist das offene Wort an jene, die alltäglich in diesem Lande demonstrieren. Darunter sind auch Feinde, aber viele, die verändern wollen. Diesen Erkenntnisprozess habe ich auch persönlich durchmachen dürfen und geholfen hat mir durchaus auch die Auseinandersetzung im eigenen Parteikollektiv, aber auch mit den befreundeten Parteien, haben auch geholfen die Auseinandersetzungen mit solchen Gruppen wie „Argus“ oder „Kontakte“ oder der „Antifa-Jugend“...

Und was wir erlebt haben war, dass jene, die wir zur Verantwortung gezogen haben, weil sie Demonstrationen geschürt haben oder Kundgebungen, sie uns gegenüber natürlich auch erklärten, warum sie wieder aufgetreten sind. Wenn wir sachlich ihre Transparente von dieser Kundgebung am 10. September nehmen, so haben sie dort ihren Platz gehabt. Sie hätten dort getragen werden können; sie kämpfen auch gegen Neofaschismus in der DDR. Wenn wir keine Skinheads hätten, bräuchten wir doch nicht über sie zu reden. Und wenn wir nicht dieses Gedankengut hätten, wäre möglicherweise auch eine solche Losung überflüssig. Aber wenn sie sich nun gerade diesem antifaschistischen Kampf verpflichtet fühlen, dann muss ich mich mit ihnen unterhalten, und wenn sie möglicherweise die falschen Überlegungen haben, wie sie dagegen vorgehen wollen, dann muss ich ihnen erklären, was möglich, machbar und vielleicht noch mehr zu tun ist und worauf man in unserer Gesellschaft verzichten müsste. Dadurch aber, dass wir sie abgestempelt haben, in eine ganz bestimmte Ecke gestellt haben, haben wir ihren Widerstand produziert und damit auch ein Klima produziert, was keineswegs von Vertrauen geprägt war. Dem dann auch viele andere nicht mehr folgten und was uns bitter, bitter wehtut, weil es heute an Vertrauen fehlt, um die Erneuerung durchführen zu können. Und ich meine auch, dazu gehört, wenn es um den Anspruch geht, mit der Wahrheit zu leben, da haben wir uns schwer getan. Wir haben immer mit der Wahrheit gelebt, wenn es um den Erfolg, die Stärke ging. Und wir haben auch in der Schwäche und in der Niederlage mit der Wahrheit gelebt, aber wir haben da die tollsten Formulierungen gefunden. Diplomatischen Wortschatz uns angeeignet,... bei jeder Information die Konsequenz, die zentrale Reaktion mit eingeplant. Das ist möglicherweise auf der Ebene einer Grundorganisation noch anders praktiziert worden... Wir haben uns an einer ganz bestimmten Stelle diesen Ansprüchen ge-

stellt, haben angeglichen und keineswegs uns deshalb freizusprechen vom Vorwurf der Schönfärberei u.a. ..

Es ist einfach eine Situation gewesen, wo wir unserer Parteiführung nur blind vertraut haben. Wir haben uns auf eine Atmosphäre eingeschworen, dass das, was beschlossen wird, schon das Richtige ist, haben hier und da manchmal auch darüber gesprochen, wo wir der Meinung waren, na, ob sie sich das richtig überlegt haben. Aber letztendlich haben wir uns wieder auf die Linie gebracht und diszipliniert...

Es gehört zu den wichtigen Ansprüchen, und das bedarf tiefgreifender Überlegungen, wie sichern wir, dass nicht das Volk vor der Partei, sondern die Partei vor ihrem Volk, vor ihren Mitgliedern, und vor allen Dingen vor ihrem Volk Rechenschaft legt. Wer einen Führungsanspruch objektiv zu realisieren hat, muss diesen subjektiv ausfüllen. Wir haben diesem Führungsanspruch mit unserer Arbeit nicht entsprochen, und wir sind jetzt in die Verantwortung gezwungen, diesen Anspruch wahrzunehmen. Und das setzt voraus, dass von Beginn an offen darüber gesprochen wird, dass dieser Führungsanspruch nur dann von Bestand ist und überhaupt nur möglich ist, wahrzunehmen, wenn wir mit den kühnsten und realisierbarsten Lösungen aufwarten, und auch, was die Persönlichkeiten betrifft, die glaubhaftesten in den entscheidenden Funktionen haben...

Glaube ich, dass wir uns neu zu bestimmen haben anderen gegenüber. Ich bin der festen Überzeugung, wir brauchen nicht nur in unserer Republik, sondern auch in unserem Bezirk eine Neubestimmung des Verhältnisses der Partei zu den gewählten Vertretungen des Volkes und den in ihrem Auftrag arbeitenden Räten im Bezirk wie im Kreis. Wir müssen ganz einfach davon ausgehen, dass unsere Partei ihre führende Rolle verwirklicht durch das politische Wirken der Genossen in den Leitungen des Staatsapparates, in den gewählten Volksvertretungen, und es keineswegs richtig ist, wenn dieser Rat im Bezirk wie im Kreis nur etwas beschließen kann, nachdem wir es beschlossen haben, begutachtet haben oder anderes. Am Ende ist eben heute die Situation so, weil wir alles auf unseren Tisch gezogen haben, gibt es auch keinen anderen mehr, der etwas mit zu verantworten hat. Wir sind in einer Situation, dass wir das an Fehlern zu verantworten haben, was ursächlich nicht auf diesen Tisch gehört...

Wir müssen uns neu erklären zu unserer politischen Verantwortung gegenüber der Staatsarbeit. Und Staatsarbeit, auch Regierungsarbeit, auch in unserem Bezirk muss die Arbeit der gewählten Volksvertretungen und ihrer Räte sein...

Dazu gehört auch das Verständnis für das, was wir heute vollzogen haben in Bezug auf die Gewerkschaft und den Jugendverband...

Wo wir uns profilieren müssen, gehört die Bestimmung des Verhältnisses zu den befreundeten Parteien...

Die Einladung zum Demokratischen Block, die ich in Potsdam Anfang September durchgeführt habe, da war mancher etwas beunruhigt, denn der Demokratische Block hat lange nicht getagt.. Aber wir sind doch dann in einer gewissen Weise selbst Verursacher für das, was an Vertrauensverlust eingetreten ist, auch für die Nationale Front, was sich nicht positionieren

und entwickeln konnte in diesem Bereich. Und ich sage deshalb, wir haben künftig zu leben mit verschiedenen Parteiprogrammen, und nicht nur mit Parteiprogrammen, die beginnen „Wir stehen in voller Übereinstimmung mit dem Programm der SED und den Beschlüssen dieses Parteitages“, sondern werden es zu tun haben mit Programmen dieser Parteien in spezifischer Wahrnehmung von Interessen ihrer Mitglieder...

Wir haben unser Verhältnis zu den demokratischen Bürgerbewegungen zu bestimmen...

In Potsdam wird eine ökologische Partei gebildet. Jetzt können wir alle darüber philosophieren, muss es eine ökologische Partei geben. Genossen, als unsere Partei, auch die befreundeten Parteien gebildet wurden, da hatte dieses Land ganz andere Sorgen. Da stand das Problem der Umwelt, der Natur ganz, ganz anders. Heute hat ein Teil der Menschen sich in besonderem Maße dieser Problematik verschrieben, wollen besonders auf diesem Gebiet etwas diese, unsere Welt Erhaltendes tun und machen es zu ihrem Programm. Und demzufolge muss ich auch mit diesem Programm leben. ... Ich muss als SED ernsthaft überlegen... wie wir auf diese Fragen viel konzentrierter, konstruktiver auch Antworten geben. Denn hier geht es auch um ein Menschheitsproblem, sicherlich in einer Rangigkeit gegenwärtig nicht wie jenes zur Erhaltung des Friedens, aber gering schätzen dürfen wir diese Sache nicht... Bei diesen Fragen ist es nicht eine Sache von Bürgerinitiativen, sondern diese Fragen sind politische Fragen von Größenordnung, die alle Parteien, alle staatlichen Organe dieses Territoriums und unseres Landes angehen. Wir müssen aufhören, Gegenpole und Konfrontationslinien zu schaffen, sondern wir müssen gemeinsame Verantwortung wahrnehmen, und jeder muss sich auch zu seiner Verantwortung in diesem Zusammenhang bekennen...

Besonders anspruchsvoll... sind sicherlich die Herausforderungen auf dem Gebiet der Wirtschaft...

Genosse Modrow hat auf dem 10. Plenum... wichtige Ansprüche für die Wirtschaftsreform fixiert... Es geht wirklich darum, bei jeder Entscheidung, die wir gegenwärtig und künftig treffen, wirklich davon auszugehen, ob wir den Bedürfnissen der Menschen mit dieser Entscheidung Rechnung tragen. [...]

Dokument 11

Schreiben des Sekretariats der SED-Bezirksleitung Potsdam an Egon Krenz und das Politbüro der SED vom 30. November/1. Dezember 1989⁴⁴

Seit der 9. und 10. Tagung des ZK der SED ist es in der Bezirksparteiorganisation Potsdam nicht gelungen, den tiefen inneren Riss in der Partei aufzuhalten, Kraft zu gewinnen für die Erneuerung der Partei, geschweige denn Vertrauen neu aufzubauen. Im Gegenteil: Auflösung und Zerstörung der Partei schreiten zur Zeit in unaufhaltsamen Tempo voran.

Das Sekretariat der Bezirksleitung ist der Meinung, dass die Parteiführung mit einer Kette von Fehlentscheidungen, Halbheiten im Herangehen an die Erneuerung und offensichtlichen Lügen über das wahre Ausmaß von Amts- und Machtmissbrauch, den wirklichen Umfang von Korruption und bourgeoisem Lebensstil einen Neubeginn zur Formierung der Partei verhin-

dert.

Wir als gewähltes Sekretariat der Bezirksleitung fühlen uns wie Tausende anderer Genossen im ehrlichen Kampf verraten und missbraucht. Weder in der Partei noch in der Bevölkerung wird uns als verantwortlichen Genossen unter diesen erniedrigenden Umständen unser wahrer Erneuerungswille abgenommen. Er wird oft nicht einmal mehr erhört.

Wir wenden uns prinzipiell dagegen, dass durch das Verschulden der jetzigen Parteiführung die gesamte Partei kriminalisiert wird, ehrliche Genossen als Korrupte, Lügner und Bankrotteure abgestempelt werden.

Deshalb müssen wir Dir, Genosse Krenz, und der gesamten Parteiführung unser Vertrauen entziehen. Es steht nicht mehr Dein und das Prestige der Führung auf dem Spiel, es geht um die letzte Chance für unsere Partei.

Wir fordern eine prinzipielle Behandlung unseres Standpunktes in der Parteiführung, verbunden mit eindeutigen Konsequenzen noch vor dem Parteitag.

Dokument 12

Fernschreiben der SED-Bezirksleitung Cottbus an das Politbüro des Zentralkomitees der SED vom 1. Dezember 1989⁴⁵

Das Sekretariat und die Mitarbeiter der Bezirksleitung Cottbus wenden sich voller Sorge an Euch.

Die neue Parteiführung hatte eine schonungslose, wahrheitsgetreue Offenlegung von Amtsmissbrauch und Korruption von Politikern der SED versprochen.

Die scheinbar nur auf Recherchen der Presse und Bürgerinitiativen beruhende Offenlegung von verbrecherischen und parteischädigenden Machenschaften von Politikern der ehemaligen Parteiführung führt zum Verdacht einer Verschleierung von Tatbeständen und ist eine offensichtliche Kluft zwischen Wort und Tat.

Mit jeder neuen Hiobsbotschaft gibt es flutartige Austrittserklärungen von Mitgliedern unserer Partei in Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen. Innerhalb der letzten Tage sind über 5 000 weitere Austritte zu verzeichnen.

Auch die für die Sache der Erneuerung des Sozialismus und der Partei kämpfenden Genossen, einschließlich gewählte Delegierte zu den Kreisdelegiertenkonferenzen, wenden sich zunehmend von uns ab, weil die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen zum jetzigen Politbüro, zum jetzigen Generalsekretär des ZK und zum Zentralkomitee – man muss sagen – stündlich weiter verloren gehen.

Schluss mit den Halbwahrheiten und halbherzigen Entscheidungen.

Wir fordern:

1. Einberufung des Zentralkomitees bis spätestens Dienstag, den 5. 12. 1989, zur Auswertung der Kreisdelegiertenkonferenzen und der politischen Lage,
2. die Übernahme der politischen Verantwortung für die zugespitzte Situation in der Partei durch das jetzige Politbüro,

3. den sofortigen Rücktritt des Generalsekretärs und die Führung der Partei durch ein kollektives Gremium bis zum Außerordentlichen Parteitag.

Wolfgang Thiel

1. Sekretär

Dokument 13

Erklärung einer Initiativgruppe „Für die Linke Vernunft“, Potsdam, vom 8. Dezember 1989⁴⁶

Auf dramatische Weise zeigt sich in diesen Tagen die geistige und politische Zerrissenheit in der SED. In tiefer Identitätskrise richten Genossen, die (noch) ihre Mitgliedschaft aufrechterhalten, Hoffnungen auf den begonnenen Sonderparteitag.

In Anerkennung der ungeteilten Verantwortung der SED für die tiefste Krise in der Geschichte der DDR und des Weltsozialismus sehen wir das Primat in einem aus dieser Partei erwachsenden Politikangebot für einen modernen demokratischen Sozialismus als Überlebenschance angesichts existentieller globaler Probleme. Dieses Politikkonzept kann nur aus einem wahrhaft demokratischen Diskurs erwachsen, der das Wissen und die Erfahrungen aller Mitglieder, das gesamte linke und humanistische Theorie- und Traditionspotential umfasst. Der ideologisch-weltanschauliche Rahmen, den der Diskussionsstandpunkt des „Arbeitsausschusses zur Neuformierung der SED“ dafür setzt, umgreift alle linken Strömungen, aus denen wir historisch hervorgegangen sind, die wir bisher aber nicht wirklich produktiv gemacht haben. Dies nun endlich zu tun, ist dringendes Gebot linker Vernunft.

Wir bekennen uns deshalb zu einer, sich als Einheit linker Kräfte verstehenden Partei, die die Vielfalt und Unterschiedlichkeit dieses Potentials nicht verwischt, sondern deren Widerstreit als Triebfeder eines dynamischen Politikkonzepts organisiert. Mit dem Herrschafts- und Wahrheitsmonopol der SED muss auch die repressive Einheits- und Reinheitsformel fallen und der Profilierung von geistig-politischen Strömungen innerhalb der Partei weichen.

In einer sich als Einheit linker Strömungen verstehenden Partei ist eine moderne marxistische Plattform unverzichtbar. Sie muss ihren Beitrag zur Politik leisten, indem sie soziale Grundinteressen arbeitender Menschen gerade angesichts ökologischer Gefährdungen und einer stärker markt- und kapitalbestimmten Wirtschaft akzentuiert und damit auch Impulse für eine linke Gewerkschafts-, Frauen- und Jugendbewegung gibt. Wir fordern alle, die sich außerhalb und innerhalb der SED als Marxisten verstehen, auf, gemeinsam mit uns für eine Linke Vernunft einzutreten.

Wenn wir uns im pluralen Spektrum von Parteien und Bewegungen als kooperativ und konsensfähig erweisen wollen, beginnen wir unsere Demokratiefähigkeit innerhalb der Partei zu trainieren, indem wir uns zur Realität differenzierter Auffassungen in den Reihen der Partei bekennen, sie öffentlich artikulieren und austragen.

Für die Linke Vernunft konstituieren sich als Initiativgruppe im Bezirk Potsdam:

Maritta Böttcher, Dr. Jürgen Engelhardt, Rolf Kutzmutz, Joachim Kühn, Delegierte des Außer-

ordentlichen Parteitages, sowie Wolfgang Brekeller, Dr. Ingeborg Herold, Dr. Norbert Weigert.

Dokument 14

Aus dem Kommuniqué der 19. Tagung der SED-Bezirksleitung Potsdam vom 12. Dezember 1989⁴⁷

[...] Die Bezirksleitung nahm die Berichte des unabhängigen Untersuchungsausschusses zur Feststellung von parteischädigendem Verhalten sowie der Bezirksparteikontrollkommission zur Kenntnis. Im Ergebnis dieser Berichte wurden ... Parteistrafen beschlossen...

In Verwirklichung der weiteren konsequenten Entflechtung der Aufgaben von Partei und Staat stimmte die Bezirksleitung dem Ausscheiden des Genossen Dr. Herbert Tzschoppe, Vorsitzender des Rates des Bezirkes, und Genossen Wilhelm Bastian, Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes und Vorsitzender der Bezirksplankommission, als Mitglieder des Sekretariats der Bezirksleitung zu.

Die Bezirksleitung beschloss in Anbetracht der nach dem Sonderparteitag stattfindenden Parteiwahlen die Aufhebung ihres Beschlusses vom 15. November 1989 zur Durchführung einer außerordentlichen Bezirksdelegiertenkonferenz.

Aus diesem Grund sah sich die Bezirksleitung von der Basis der Bezirksparteiorganisation als nicht mehr legitimiert an.

Sie bat im Interesse der weiteren Erneuerung der Partei Genossen Heinz Vietze, Mitglied des Parteivorstandes der SED, einen aus Delegierten des Außerordentlichen Parteitages bestehenden Bezirksarbeitsausschuss Potsdam der SED unter seinem Vorsitz zu bilden.

Die Bezirksleitung trat zurück...

Dem Bezirksarbeitsausschuss gehören an:

Genosse Heinz Vietze, Vorsitzender des Bezirksarbeitsausschusses

Genosse Prof. Dr. Michael Schumann, stellvertretender Vorsitzender und Leiter der Kommission Politisches System...

Der Bezirksarbeitsausschuss berief Genossin Dr. Ingeborg Herold zu seinem Sekretär und Genossen Wolfgang Brekeller zu seinem ehrenamtlichen Pressesprecher. [...]

Literaturhinweise

¹ Zehn Jahre PDS in Brandenburg. mitdenken nachdenken umdenken. Herausgeber: Lothar Bisky und Anita Tack, edition rotdorn, Potsdam 2000.

² Chronik der PDS im Land Brandenburg 1989 – 1994. Potsdam 1994; Chronik der PDS im Land Brandenburg 1995 – 1999. Potsdam 2000.

³ In diesem Zusammenhang sei auf die umfang- und aufschlussreiche Berichtsdocumentation im Bestand des ehemaligen Bezirksparteiarchivs hingewiesen, die sich jetzt im BLHA befindet.

⁴ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 76555.

⁵ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 76555.

⁶ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 7655.

⁷ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 8041.

⁸ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 7903. Siehe dazu auch: Gerd-Rüdiger Stephan: Der Anfang vom Ende. In: ND vom 18. Oktober 2004.

⁹ Verwiesen sei hier auf die in Vorbereitung befindliche Publikation zum Runden Tisch des Bezirkes Potsdam.

¹⁰ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 8041.

¹¹ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 7611-7612.

¹² BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 8041.

¹³ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 7903.

¹⁴ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 7903.

¹⁵ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 7903.

¹⁶ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 7903.

¹⁷ Zum Außerordentlichen Parteitag sei auf die Publikation : Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Herausgegeben von Lothar Hornbogen/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan. Berlin 1999 verwiesen.

¹⁸ André Brie: Der zweigeteilte Parteitag. Versuch eines Beitrags gegen neue Legenden. In: Lothar Bisky/Jochen Czerny/Herbert Mayer/Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Berlin 1996, S. 52.

¹⁹ Stellungnahme des Parteivorstandes zur Namensänderung. In: Außerordentlicher Parteitag

der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Herausgegeben von Lothar Hornbogen/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan. Berlin 1999, S. 445. Am 4. Februar 1990 beschloss der Parteivorstand die Umbenennung der SED/PDS in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS). Siehe: Chronik der PDS. 1989 bis 1997. Berlin 1998, S. 17.

²⁰ Michael Schumann: PDS: Geschichte und Politik. In: Lothar Bisky/Jochen Czerny/ Herbert Mayer/Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Berlin 1996. S. 23ff.

²¹ Auf Beschluss des Sekretariats des ZK der SED vom 10. September 1953 wurden in 82 Großbetrieben der Schwerindustrie und an 11 Universitäten und Hochschulen Parteiorganisatoren des ZK eingesetzt. Im Zusammenhang mit Einzelbeschlüssen erhöhte sich ihre Zahl in den 80er Jahren auf 179. Siehe: Die SED. Geschichte. Organisation. Politik. Ein Handbuch. Hrsg. Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler. Berlin 1997, S. 138.

²²Die „Exquisit“-Läden wurden 1962 eingerichtet – siehe „Anordnung über die Errichtung von Exquisit-Verkaufsstellen (Industriewaren) vom 1. Juli 1962, in: SAPMO BA, DL 1- 11613, zitiert nach: Ina Merkel: Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR. S. 267. „Delikat“-Läden wurden 1965 eingerichtet – siehe: Beschluss des Präsidiums des Ministerrates der DDR zur Einrichtung von Feinkostgeschäften vom 25. November 1965, in: SAPMO BA, Dy 30/IV A2/2021/720, Bl. 147, zitiert nach: Ina Merkel: Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR. S.270. In den beiden Ladenketten wurden Waren für den „gehobenen Bedarf“ zu überhöhten Preisen verkauft, was v.a. der Kaufkraftabschöpfung diente.

²³ Werner Jarowinsky (1927-1990) war zu diesem Zeitpunkt noch Mitglied des Politbüros der SED und Stellvertreter des Präsidenten der Volkskammer.

²⁴ Kerstin Bednarskys politische Laufbahn begann in Eilenburg.

²⁵ Diese ständige Kommission bestand aus fünfzehn Mitgliedern. Ihr gehörten Abgeordnete aus allen Parteien und Massenorganisationen sowie berufene Bürger an. Unter ihrer unmittelbaren Anleitung arbeitete das Grenzsicherheitsaktiv des Bezirkes. Grenzsicherheitsaktivs gab es in den Grenzkreisen, Grenzorten und Betrieben des Grenzgebietes.

²⁶ Über meine damaligen Eindrücke berichtete ich Jahre später in den Veröffentlichungen: Kurt Frotscher: DDR-Grenzsicherung im Kontext mit dem Kalten Krieg – Antworten auf Fragen ihres Charakters und Ausbaus; und in: Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e.V. (Hrsg.): Vom Mauerbau zum Mauerfall der DDR-Grenzsicherung nach der Wende, Teil 1. Potsdam 1994.

²⁷Zur Willenskundgebung am 11. November siehe u.a. Karin Greulich und Hans-Ullrich Conrad in: MV vom 13. November 1989.

²⁸ Am 29. Oktober 1999 erklärte in Potsdam Igor F. Maximytschew, 1989 zweiter Mann in der

sowjetischen Botschaft in Berlin, dass die wahren Helden des 9. November 1989 die Grenzer gewesen seien, die die unblutige Öffnung der Grenze ermöglichten.

²⁹ Der Beitrag wurde unter dem Titel: Die Letzten Tage der DDR-Zollorgane im Potsdamer Linken Boten Nr. 345 vom 16. September 2003 veröffentlicht.

³⁰ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV, Nr. 93.

³¹ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr.8041.

³² BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 8041.

³³ Gemeint ist die Erklärung des Politbüros des ZK der SED vom 11. Oktober 1989, in: MV vom 17. Oktober 1989.

³⁴ 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Potsdam war von Dezember 1988 bis 15. November 1989 Heinz Vietze.

Zu den Dialoggesprächen im Potsdamer Rathaus siehe auch: MV vom 17. Oktober 1989.

³⁵ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 8041.

³⁶BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 8041.

³⁷ Neue Chronik DDR, T. 1, S. 135. Der Sachverhalt wurde zwar in der Berichterstattung der SED und in der Presse wiederholt dementiert, entsprach aber wohl den Tatsachen. Siehe auch Dokument 7.

Zur Initiative für eine unabhängige Gewerkschaft siehe auch Tom Mustroph: Die Büchse der Pandora geöffnet. In: ND vom 1. November 2004.

³⁸ MV vom 8. November 1989, S. 6.

³⁹ MV vom 8. November 1989, S. 6.

⁴⁰ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 8041.

⁴¹ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 8041.

⁴² BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 7903.

⁴³ BLHA, Rep. 530 BL der SED Potsdam Nr. 7903.

⁴⁴ MV vom 4. Dezember 1989, S. 1.

⁴⁵ LV Brandenburg, Archiv, Bestand LV, Nr. 93/2.

⁴⁶ MV vom 8. Dezember 1989, S. 5.

⁴⁷ LV Brandenburg der PDS, Archiv, Bestand LV 473.

